

Bitte die gesuchte stattweb-Datei unter Datum / Schlagzeile anklicken

ID	DATUM	TITEL
7170	18.Juni.2010	Universitäten als Kriegs"Dienstleister". Gegenmittel Zivilklausel. Widerstand jetzt
7160	9.Juni.2010	Karlsruhe: "Deutsche Waffen, Deutsches Geld, morden mit in aller Welt." - KIT bietet Rüstungsunternehmen eine Werbeplattform
7093	12.Mai.2010	Drei Lehren zum 8. Mai: Rede zum Tag der Befreiung
6962	24.März.2010	Studierende in Baden-Württemberg stimmen gegen Rüstungsforschung
6868	25.Februar.2010	"Nie wieder Krieg" hieß einmal "Nie wieder deutsches Militär" - In Erinnerung an den 65. Jahrestag der Befreiung
6693	15.Januar.2010	Karlsruhe: Zivilklausel für Grundordnung des KIT
6603	16.Dez.2009	KIT: Ferngesteuertes Fahrzeug für "unsere Jungs draußen" in Entwicklung
6455	16.Nov.2009	Karlsruhe: Super-Uni KIT: Schein, Sein und Bildungsstreik
6424	9.Nov.2009	Karlsruhe: DGB-Regionalkonferenz fordert Beendigung der Militärforschung am KIT
6166	1.Oktober.2009	Karlsruhe: Sicherheit geht auch anders! – zur 4. Future Security Konferenz
5912	31.August.2009	Karlsruhe (KIT): Auf Militärforschung verzichten! Offener Brief an Frankenberg und Hippler
5646	15.Juli.2009	Karlsruhe: Militärforschung ab jetzt vor allem in der alten badischen Hauptstadt
5275	26.Mai.2009	Karlsruhe/KIT: Internationaler Appell fordert den Verzicht auf Militärforschung und eine Zivilklausel für das Errichtungsgesetz der neuen Forschungseinrichtung
5147	9.Mai.2009	Karlsruhe: Podiumsdiskussion Friedensfinalität der Verfassung und Zivilklauseln für Hochschulen
5083	28.April.2009	Karlsruher Institut für Technologie KIT - „AUTORITÄR – MILITÄR – ELITÄR“ - Gewerkschaften und Studierende üben massive Kritik am Gesetzentwurf
5077	27.April.2009	Ettlingen: Bekämpfung des Feinds im Innern und Außen. Konferenz zur Waffenoptimierung - 11-13.5.09
4981	10.April.2009	ver.di fordert einheitliche Zivilklausel für KIT! Podiumsdiskussion am 4. Mai
4834	22.März.2009	Weg mit der Militärforschung in Karlsruhe und anderswo
4630	19.Februar.2009	Freiburg: Anti-NATO Auftaktdemo am 30.03 - "Make Militarism History"
4601	16.Februar.2009	Uni Karlsruhe: Stillschweigende Militärforschungstradition
4570	11.Februar.2009	Uni-Karlsruhe: Zivilklausel verstößt nicht gegen die "Freiheit von Forschung und Lehre"
4447	27.Januar.2009	KIT Karlsruhe: Vorläufiger Sieg! Militärforschung per Abstimmung abgeschmettert

Id:	7170
Datum:	18.Juni.2010
Titel:	Universitäten als Kriegs"Dienstleister". Gegenmittel Zivilklausel. Widerstand jetzt
AutorIn:	Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart (Veranstalter)
Quelle:	
Text:	<p>Naturwissenschaftlich-technische Bereiche mittlerweile aller großen Hochschulen sind über Finanzierung aus öffentlichen Rüstungshaushalten (mehr als 1 Mrd. jährlich) und private Rüstungsmittel an militärischen und zivilmilitärischen Forschungsprogrammen beteiligt. Zunehmend werden auch geistes- und sozialwissenschaftliche Bereiche zur Unterstützung von kriegerischer Außenpolitik eingespannt. Bundeswehr, Rüstung und Kriegseinsätze sollen an Schulen und Hochschulen zur selbstverständlichsten Sache der Welt gemacht werden. Dagegen regt sich Widerstand bei Studierenden an Hochschulen, Gewerkschaften und Friedensbewegung. Das Bildungsstreik-Bündnis Baden-Württemberg hat im Februar die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln („Lehre und Forschung nur für zivile und friedliche Zwecke.“) für die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg und die Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Bundeswehr gefordert. Die Forderung nach Zivilklauseln wird von den Gewerkschaften und der LandesStudierendenVertretung unterstützt. Der Ausgangspunkt für die inzwischen weit über Baden-Württemberg hinaus wirksame Protestbewegung war die Zusammenlegung der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) sowie eine bisher bundesweit einmalige Urabstimmung der Studierenden der Uni Karlsruhe für eine Zivilklausel am KIT. Dietrich Schulze von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ (Webdokumentation: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf) wird über diese Entwicklung berichten. Und darüber, wie Militärforschung an der Uni Karlsruhe aufgedeckt wurde, wie der Widerstand an den Hochschulen gegen die Militarisation verstärkt werden kann und welche Pläne es für eine bundesweite und internationale Vernetzung gibt.</p> <p>Montag, den 21. Juni, um 19 Uhr im Subversiv Stuttgart, Burgstallstr. 54, Stuttgart Heslach (U 14 bis Bihlplatz)</p>
Link:	www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
Grafik:	
Gelesen:	164

Id:	7160
Datum:	9.Juni.2010
Titel:	Karlsruhe: "Deutsche Waffen, Deutsches Geld, morden mit in aller Welt." - KIT bietet Rüstungsunternehmen eine Werbepattform
AutorIn:	Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe, solid Karlsruhe
Quelle:	per mail
Text:	<p>Schüler und Studierende protestierten heute Nachmittag mit kreativen Aktionen gegen die Präsenz der Rüstungsunternehmen auf dem Campus. Sie enthüllten ein großes Transparent mit der Aufschrift „bonding – erlebe, was du werden kannst und überlege, ob du es werden willst“ und den Namen der Toten des Bombenangriffes von Kunduz vor dem Stand des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung(BWB). „Auch wenn ich selbst keine Bombe werfe, trage ich durch mein Handeln und meine Arbeit Mitverantwortung an den Toten“, verkündete ein Studierender vor dem Stand des BWB.</p> <p>Die Proteste richteten sich gegen die Firmenkontaktmesse „bonding“, die vom 7. bis 9. Juni auf</p>

dem Gelände des KIT stattfindet. Auf der Messe sind etliche Rüstungsunternehmen vertreten, darunter EADS, ThyssenKrupp, Thales, Diehl AG und das Bundesamt für Beschaffung und Wehrtechnik. Diese Unternehmen tragen Mitverantwortung für Kriegsopfer auf der ganzen Welt. Trotzdem lässt die Universitätsleitung zu, dass sie auf der Messe ungehindert junge Menschen anwerben können.

Studierende werden mit dem Versprechen gelockt, beim BWB Ingenieurleistung pur erleben zu können. „Keine Vorgaben, keine Grenzen ,Kreativität trifft Sicherheit – das ist die Freiheit die wir meinen“, heißt es in der Werbeanzeige.

„Unser Protest hat mit der Freiheit von Forschung und Lehre zu tun. Der Bologna-Prozess und sinkende Finanzmittel verschärfen die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen.

Universitäten müssen hingegen Motor für eine friedliche und nachhaltige Zukunft sein. Der Wissenschaft ist aufgetragen, Strategien und Technologien für humanitäre Zwecke zu entwickeln. Dazu muss sie frei sein und darf nicht unter Geheimhaltungsvorschriften stehen“, erklärt Wolfgang Neu von der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe.

Die Gewerkschaftliche Studierendengruppe fordert zusammen mit weiteren studentischen Gruppen, dass das KIT in keiner Art und Weise mit Firmen zusammenarbeitet, die an Krieg Geld verdienen. Sie darf solchen Firmen weder eine Werbeplattform bieten, noch an gemeinsamen Forschungsprojekten arbeiten.

Es muss endlich eine echte Zivilklausel in die Grundordnung des KIT aufgenommen werden.
Unterzeichner: Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe, solid Karlsruhe

Link:

Grafik:

Gelesen: 285

Id: 7093

Datum: 12.Mai.2010

Titel: Drei Lehren zum 8. Mai: Rede zum Tag der Befreiung

AutorIn: Letsche, Lothar (VVN-BdA)

Quelle: Redebeitrag zum Tag der Befreiung, 8.5.2010 (Tübingen)

Text: Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Tübingerinnen und Tübinger!
Als Tag der Befreiung wird der heutige 8. Mai in vielen Ländern begangen.
Ende April 1945 mussten die Häftlinge des Zuchthauses in Ludwigsburg im Hof antreten, unter ihnen viele politische Häftlinge, die wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, wie der Widerstand gegen die Nazis genannt wurde, zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren.
Nach einem Fußmarsch hatten die Häftlinge die Güterwagen eines Zugs zu besteigen, der sie in das Konzentrationslager Mauthausen in Österreich bringen sollte. Welches Schicksal ihnen zgedacht war, das ist klar. In Donauwörth kam der Zug zum Stehen. Die Eisenbahnbrücke über die Donau war von den alliierten Tieffliegern zerstört worden. Die Häftlinge wurden in ein Zuchthaus in der Nähe gebracht. Dort wurden die politischen Häftlinge nach der Einnahme des Ortes durch die US-Armee entlassen.
Das war die Geschichte der Befreiung meines Vaters Curt Letsche. Ohne diese Befreiung gäbe es mich nicht. Ich wurde ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren. Curt gehörte dann 1947 zu den Begründern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hier in Tübingen. Er war bis zu seinem Tod im Februar 2010 in seiner neuen Heimat Jena Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten. In den 1980er Jahren ist er hier in Tübingen mehrfach aufgetreten.
Nicht allen in unserem Land geht der „Tag der Befreiung“ so leicht über die Lippen. In der alten Bundesrepublik dauerte es immerhin bis 1985, bis ein Bundespräsident das schaffte.
Nicht allen seinen Nachfolgern traue ich zu, dass sie das wirklich begriffen haben.

Am 8. Mai 1945 um 23:01 Uhr trat die bedingungslose Kapitulation Nazideutschlands in Kraft. Dieser Tag markiert den gemeinsamen Sieg der Armeen der Antihitlerkoalition, also damals der Armeen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie hatten diesen Sieg gemeinsam errungen mit den Partisanen in den besetzten Ländern und natürlich auch den deutschen Antifaschisten, die unter Einsatz ihres Lebens im Inneren des Landes und an verschiedenen Fronten gegen diesen Krieg und später gegen seine Fortsetzung gekämpft hatten. Es ist eine Tatsache, und es schmälert niemandes Beitrag in diesem Kampf, wenn ich festhalte, dass den größten Beitrag dazu die Sowjetunion geleistet hat. Sie verlor dabei 27 Millionen Menschen. Auch heute heißt eine U-Bahn-Station mitten in der Hauptstadt eines NATO-Landes, nämlich in Paris, „Stalingrad“, um daran zu erinnern, wo die Kriegsmaschine der deutschen Faschisten zum Stehen gekommen und wo ihr das Genick gebrochen worden ist. Die Franzosen wissen sehr gut, dass es die zweite Front, die ab dem 6. Juni 1944 ihr Land befreite, nicht gegeben hätte, wenn sich die Sowjetarmee nicht zu jener Zeit bereits auf die deutsche Grenze zu bewegt hätte.

Ja, für die Nazis und auch für die Wehrmacht, die die Front hielt, damit beispielsweise die industriemäßige Vernichtung von Menschen in Auschwitz bis zur Befreiung dieses füchterlichsten aller Vernichtungslager am 27. Januar 1945 weitergehen konnte, für die war der 8. Mai eine Niederlage. Wer heute von einer Niederlage Deutschlands spricht, der muss wissen, in welche Tradition und Gesellschaft er sich damit begibt.

Drei Lehren, denke ich, sollten wir aus dem 8. Mai 1945 heute ziehen.

Lassen wir uns nicht verwirren von Geschichtsklitterungen, die dem Ziel dienen, die Erinnerung auszulöschen und die Aggressoren und ihre Opfer, die sich wehrten, auf eine Stufe zu stellen.

Wer die Zerstörung Dresdens oder Pforzheims im Bombenkrieg und ihre vielen Opfer beklagt, darf nicht schweigen von der Generalprobe, der Zerstörung Guernikas durch die Nazi-Luftwaffe mit Dornier- und Heinkel-Flugzeugen schon während des spanischen Bürgerkriegs 1937, und von ihren Flügen, um 1940 England zu „coventrieren“, wie sie das großmäulig nannten, als sie die Industriestadt Coventry mitsamt ihrer Kathedrale in Schutt und Asche gelegt hatten.

Wer Ostpreußen oder Schlesien als ehemaligen Siedlungsgebieten deutschsprachiger Menschen nachtrauert und Vertreibungsschicksale beklagt, spricht von den Reaktionen der Opfer eines Angriffskriegs, der im deutschen Namen begangen wurde.

Auch die Totalitarismus-Doktrin gehört zu diesen Geschichtsklitterungen, mit der Nazi-Kollaborateure zu verdienten Freiheitshelden umgelogen werden sollen.

Die zweite Lehre: **Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen.**

Darüber werden wir auf dieser Kundgebung noch einiges hören. Auch hier dürfen wir uns nicht das Hirn vernebeln lassen.

Es ist eine gute Sache, dass auf Drängen der Studierenden im Bildungsstreik die Universität Tübingen in ihre Grundordnung hineingeschrieben hat: „Lehre, Forschung und Studium sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Ausgerechnet vor diesem Hintergrund drängt die Bundeswehr in die Uni mit einem Forum zu „Sicherheitsfragen“ und einem Seminar „Angewandte Ethnologie und Militär“, und das wird uns verkauft als Friedenssicherung. Aber Kriegsvorbereitung, auch wenn sie vermeintlich intelligent daherkommt, dient nicht friedlichen Zwecken.

Der „Verfassungsschutz“ versucht die Kampagne für eine ähnliche Zivilklausel in Karlsruhe zu diskreditieren mit der atemberaubenden Entdeckung, dass auch Menschen, die sich in der VVN-BdA engagieren, sich dafür einsetzen. Auf die Idee, dass doch genau das auch eine Lehre des 8. Mai 1945 sein könnte, kommen die Herrschaften anscheinend nicht. Aber darum geht es!

Und die dritte Lehre dieses historischen Datums: **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Nicht ohne Grund wurden die Maßnahmen und Bestimmungen, die ab 1945 zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und Militarismus erlassen wurden, bei der Gründung der Bundesrepublik im Artikel 139 zum Bestandteil des Grundgesetzes gemacht. Wenn man das ernst nimmt, ist der Antifaschismus Staatsdoktrin und solche Parteien wie die NPD gehören aufgelöst! Es ist schlimm genug, dass es für die NPD eines förmlichen Parteiverbots bedarf, das deshalb

nicht zustande kommt, weil man bei dieser Partei nicht unterscheiden könne - sagt das Bundesverfassungsgericht -, was ihr eigentlich an authentischen Äußerungen und Handlungen zuzurechnen ist und was den sogenannten V-Leuten des Verfassungsschutzes, die in dieser Partei wirken.

Als ich vor einem Jahr erlebt habe, wie die Polizei in Ulm vorging gegen junge Menschen, die einen Aufmarsch der NPD verhindern wollten, ausgerechnet am 1. Mai, am Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung, da habe ich mich wirklich gefragt: Wer hat sich eigentlich diese Provokation ausgedacht, die Nazis oder die V-Leute des Verfassungsschutzes? Es ist höchste Zeit, dass mit einem NPD-Verbot diesem Spuk auch rechtlich der Boden entzogen wird und dass solche Parteien wie die NPD und das, was sie verbreiten und vertreten, wieder dorthin gestellt wird, wo es nach 1945 war und weiterhin hingehört:

Außerhalb dessen, was eine zivilisierte demokratische Gesellschaft in ihrer Mitte duldet! Als die Jungnazis im Sommer 2007 hier in Tübingen demonstrieren wollten, haben viele Menschen gemeinsam dafür gesorgt, und unter ihnen auch viele Schülerinnen und Schüler, dass das ein sehr kläglicher Aufmarsch wurde.

Ich finde es gut, wenn Schülerinnen und Schüler in Tübingen auch heute aufmerksam registrieren, wenn beispielsweise einer ihrer Lehrer in Leserbriefen von der „Avantgarde- Funktion“ des Nazi-Blatts „Junge Freiheit“ schwärmt, Abiturienten mit „menschlicher Substanz“ den Wehrdienst anempfiehlt – haben dann die Zivildienstleistenden für ihn keine menschliche Substanz oder wie? – und sich dagegen wehrt, dass in Gedenktagen, die mit den Weltkriegen in Zusammenhang stehen, „zunehmend die Mahnung für den Frieden“ im Vordergrund steht. Ja, was denn sonst, wenn nicht die Mahnung für den Frieden?

Ich wünsche mir ein Klima an den Schulen, in dem darüber offen diskutiert werden kann, und bin froh darüber, dass es nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Pädagoginnen und Pädagogen gibt, die sich dafür engagieren.

Mit der Verketzerung des Antifaschismus durch die Staatsschutzbehörden, bis hin zu dem versuchten und dann glücklicherweise abgewendeten Berufsverbot für einen Lehrer, der sich in Heidelberg in einer Antifa-Initiative engagiert hatte, muss ein für allemal Schluss sein.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Link:

Grafik:

Gelesen: 130

Id: 6962

Datum: 24.März.2010

Titel: Studierende in Baden-Württemberg stimmen gegen Rüstungsforschung

AutorIn: LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg

Quelle: PM

Text:

Die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg fordert die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes Stuttgart (LaStuVe). Die LandesStudierendenVertretung (LaStuVe) beschließt die Forderungen nach der Einführung von Zivilklauseln im Land Baden-Württemberg. Damit schließt sie sich den Erklärungen des Bildungstreikbündnisses des Landes und dem DGB an, der seine Forderungen diesbezüglich am 06. März veröffentlichte.

Die Forderung auf rüstungsrelevante Forschung an Hochschulen zu verzichten ist damit wieder aktuell. Angestoßen wurden diese landesweiten Erklärungen durch die kürzlich verabschiedete Selbstbeschränkung der Universität Tübingen auf Forschung für ausschließlich friedliche Zwecke. Ebenso werden am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die Stimmen für eine umfassende

Zivilklausel lauter. Für eine solche haben die Studierenden in einer Urabstimmung votiert. Vorbild für diese Bewegung bleibt die fortschrittliche Zivilklausel der Universität Konstanz. Diese wurde bereits im Jahr 1991 vom großen Senat der Universität beschlossen und hat bis heute unangetastete Gültigkeit.

„In Zeiten finanzieller Verwahrlosung der Hochschulen, werden diese mehr und mehr abhängig von Drittmitteln. Damit wird die wissenschaftliche Lehranstalt ‚Hochschule‘ durch fremde Interessen aus der Wirtschaft ferngesteuert“, erklärt Sandro Philippi Präsidiumsmitglied der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LatStuVe) und betont: „Solche Einflussnahmen auf gesellschaftliche Güter lehnen wir von Grunde auf ab!“

„Besonders verwerflich wird dies, wenn die Hochschulen in den Dienst der Rüstungsindustrie geraten“, bekräftigt Jessica Rauch, ebenfalls Präsidiumsmitglied der LatStuVe und sagt: „Wissenschaft muss konstruktiv sein, das Ziel der Hochschule ist Fortschritt im Sinne des gesellschaftlichen Wohlergehens. Krieg ist das Gegenteil von all dem.“

„Zivilklauseln sind ein Schritt auf dem Weg sicherzustellen, dass die Hochschulen ihre eigentliche Aufgabe nicht verfehlen. Sie entsprechen der Friedensfinalität des Grundgesetzes“, erläutert Philippi und fordert: „Die Hochschulen müssen endlich richtig finanziert und demokratisiert werden! Dann könnte man auch von ‚Autonomie‘ sprechen.“

Link:

Grafik:

Gelesen: 247

Id: 6868

Datum: 25.Februar.2010

Titel: "Nie wieder Krieg" hieß einmal "Nie wieder deutsches Militär" - In Erinnerung an den 65. Jahrestag der Befreiung

AutorIn: Schulze, Dietrich

Quelle:

Selbst gestandene FriedensfreundInnen beteiligen sich an der Geschichtsentsorgung, wenn sie „Wehrpflicht“ und „Landesverteidigung“ als Selbstverständlichkeiten ansehen. Gegen den neuen deutschen Militarismus, aber auch gegen diese weit verbreitete Kurzsichtigkeit hat Ulrich Sander eine lehrreiche Broschüre mit dem Titel „Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien - Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt“ zusammengestellt. Ein Blick zurück in die spannendste Periode deutscher Geschichte, die zugleich am stärksten im öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurde: die Jahre unmittelbar nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Es wäre auch an der Zeit, Emil Carlebachs Artikelserie über diese Jahre mit dem Titel „Das bestgehütete Geheimnis der Bundesrepublik“ in der früheren VVN-Wochenzeitung „Die Tat“ neu herauszugeben. „Schwerter zu Pflugscharen“ und nicht „Remilitarisierung“ war die Lehre aus dem faschistischen Menschheitsverbrechen, das die Industriellen an Rhein und Ruhr und die Finanzwelt gefördert hatten und von dem sie profitierten.

Wußtest Du schon – so fragten früher die Schulbücher.

- Wußtest Du schon, dass es 1945 unter allen politischen Kräften im Land Einigkeit darüber gab, dass sich Deutschland nie wieder an einem Krieg beteiligen dürfe?
- Wußtest Du schon, dass ein sehr bekannter deutscher Politiker damals sagte: „Demjenigen Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, soll der Arm abfallen.“ Es war der spätere Atom- und Kriegsminister Franz Josef Strauß.
- Wußtest Du schon, dass der Grundgesetzartikel zur Kriegsdienstverweigerung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu verdanken ist? Das Grundgesetz in der Fassung

von 1949 regelt zwar die Kriegsdienstverweigerung, aber nicht den Kriegsdienst. Der wurde erst 1956 ins Grundgesetz geschrieben – nach heftigen Protesten.

- Wußtest Du schon, dass die ehemaligen Bundeswehrsoldaten als Reservisten bis zum 60. Lebensjahr zum Bund geholt werden können, auch zu Auslandseinsätzen? Es gehörte zu den Traditionen der Arbeiterbewegung, gegen militärische Zwangsdienste zu wirken. Denn es wurde sehr oft davon Gebrauch gemacht, Soldaten als Streikbrecher und brutale Zusatzpolizei gegen die Interessen der Arbeiter einzusetzen.

Diese geschichtliche Lehre wurde 1999 von Joseph Fischer und Rudolf Scharping grob verfälscht, als sie den Tabu-Bruch der deutschen Kriegsbeteiligung mit der dreisten Losung rechtfertigten: „Nie wieder Auschwitz bedeutet heute, Kriege gegen Diktatoren zu führen“. Von der Losung „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“ wurde der zweite Teil abgetrennt. Immer wieder begegnet uns die Behauptung: „Der Diktator Hitler musste mittels Krieg beseitigt werden!“ - also seien auch die heutigen Diktaturen nur mit Krieg zu beseitigen. Stimmt das? Es wird übersehen, dass Hitlerdeutschland den ersten Schuß abgegeben hat, sogar den USA wurde der Krieg erklärt. Der deutsche Faschismus wurde von der die Anti-Hitler-Koalition aus einem Verteidigungskrieg heraus besiegt.

Welche Verteidigungskriege werden denn heute gegen Diktatoren geführt? Haben Irak und Afghanistan die USA angegriffen? Und können die gewiss nicht harmlosen Taliban mit den deutschen Faschisten gleichgesetzt werden? Über wieviele Panzerbataillone, Flugzeug-träger, Bomberflotten und Atomraketen verfügen denn die Taliban? Und glaubt jemand ernsthaft, dass Minister Schäuble die Pläne zu einer weiteren Verfassungsänderung aufgegeben hätte, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen? Das wird inzwischen schon mal geprobt, beim G8-Gipfel in Heiligendamm, beim NATO-Gipfel in Strassbourg / Kehl usw. und vom Bundesverfassungsgericht ist zu befürchten, dass es wie bei den Auslandseinsätzen dazu juristische Schützenhilfe liefert. Die Militarisierung aller Bereiche der Innen- und Außenpolitik zulasten der sozialen Demokratie steht seit geraumer Zeit ganz oben auf der Agenda von Bundesregierungen. Nur zwei aktuelle Beispiele, die mit der Perspektive der Jugend zu tun haben.

Militarisierung von Schulen und Hochschulen

Gegen vielfältigen Protest wurde nun auch in Baden-Württemberg ein Kooperations-abkommen Bundeswehr/Schulen abgeschlossen, das es Bundeswehr-Referenten ermöglicht, die SchülerInnen künftig über die spezielle Sicht des Militärs zum Thema Sicherheit und Friedenssicherung durch weltweite Kriegseinsätze zu belehren.

Diejenigen, die darin keine neue Qualität zu entdecken vermögen, weil ja auch bisher schon für die Wehrpflicht geworben werden konnte, übersehen gleich zwei wesentliche Punkte. Erstens wurde die Wehrpflicht, wie Sander in der Broschüre anhand des Kampfes gegen die Remilitarisierung nacherleben lässt, gegen eine antimilitaristische Grundstimmung der Bevölkerung durchgesetzt. Und nun, nachdem das alles (fast) vergessen ist, wird der nächste Eskalationsschritt eingeübt, die SchülerInnen über die Landesverteidigung hinaus für weltweite Kriegseinsätze zu gewinnen, die natürlich als unumgängliche „friedenssichernde Maßnahmen“ dargestellt werden. Bekanntlich ist eine stabile Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Werden künftig Jugendliche ihre Eltern über die Notwendigkeit von Kriegen gegen internationale Feinde der Menschheit belehren? Hatten wir das nicht schon einmal? „Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“ Wird das den SchülerInnen von den Bundeswehr-Referenten beigebracht werden?

Ein Teil dieser Jugendlichen wird Hochschulen besuchen, die ihrerseits systematisch militarisiert werden, besonders die Forschung betreffend. Ganz still und heimlich ist in den letzten zwanzig Jahren die Militärforschung an Hochschulen systematisch ausgebaut worden. Dagegen gab es Anfang der 90er Jahre - als nach dem Ende des Ersten Kalten Krieges die Friedensdividende eingefordert wurde - Proteste an vielen Hochschulen, darunter in Baden-Württemberg mit Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und Ulm. Die Kohl-Ära hat auch hier ganze Arbeit gegen Bildung und Demokratie geleistet. An vielen Stellen ist das Bewußtsein um die Gefahren dieser Entwicklung verloren gegangen. Das hat sich im Ländle aber nun geändert. Nach den Auseinandersetzungen seit Mitte 2008 um eine Zivilklausel (Verzicht auf Militärforschung) für KIT, den Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe, hat der Senat der Uni Tübingen im Dezember 2009 eine ebensolche Zivilklausel

beschlossen. Studierende von Hochschulen in Baden-Württemberg werden der Landesregierung im Bologna-Kongress am 8. März in der Uni Stuttgart einen in den Bildungsstreiks erarbeiteten Forderungskatalog übergeben, der die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes enthält.

Santayanas Mahnung "Die sich der Geschichte nicht erinnern, sind dazu verurteilt, sie noch einmal zu erleben." findet sich auf einer Tafel in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau. Der Ursprung der Forderung „Nie wieder Krieg“ muss wieder in das kollektive Bewusstsein zurückgeholt werden. Dazu hat Ulrich Sander mit seiner neuen Broschüre einen Beitrag geleistet. Er konnte nur Streiflichter bieten. Aber das Gebotene ist beachtlich und lesenswert.

Das alles sind Gründe genug, endlich den 8. Mai, den Tag der Befreiung Deutschlands, Europas und der Welt vom Hitlerfaschismus zum Feiertag zu erklären.

*

Die Dokumentation von Ulrich Sander „Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien - Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt“, Februar 2010, kann im Internet herunter geladen werden: http://nrw.vvn-bda.de/bilder/dichtung_und_wahrheit_in_www_und_linken_medien.pdf
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Landesvereinigung NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal
Internet www.nrw.vvn-bda.de, Email vvn-bdanrw@freenet.de

Link: nrw.vvn-bda.de/bilder/dichtung_und_wahrheit_in_www_und_linken_medien.pdf

Grafik:

Gelesen: 271

Id: 6693

Datum: 15.Januar.2010

Titel: Karlsruhe: Zivilklausel für Grundordnung des KIT

AutorIn: Initiative gegen Militärforschung an Universitäre

Quelle: PM, 15.01.2010

Text: Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Senat der Universität Tübingen Ende Dezember auf Initiative von Studierenden die Aufnahme einer Zivilklausel in die Präambel der Grundordnung der Universität beschlossen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Über die Folgerungen daraus für die Forschungsvorhaben und eine ggf. einzurichtende Prüfungsstelle wird noch im Einzelnen gesprochen. In einem Offenen Brief haben sich nun Vertreter der Studierenden, der Gewerkschaften und der Friedensbewegung an Präsidium und Senat des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) - den Zusammenschluss von Universität Karlsruhe (Campus Süd) und Forschungszentrum Karlsruhe (Campus Nord) – mit der Forderung gewandt, diesem Beispiel zu folgen und damit den fragwürdigen Zustand einer geteilten Zivilklausel für Campus Nord und Campus Süd zu beenden. Die Auffassung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, dass die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung einer Universität aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich sei, war schon früher durch ein Rechtsgutachten widerlegt worden und ist nun in Tübingen faktisch widerlegt worden. Die Unterzeichner bitten den Senat des KIT, von Ihrer autonomen Entscheidungsbefugnis Gebrauch zu machen und die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundordnung zu beschliessen. Die nächste Senatssitzung findet am 18. Januar statt.

Offener Brief an Präsidium und Senat des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)
Zivilklausel in die Grundordnung aufnehmen - dem Beispiel der Universität Tübingen folgen

Sehr geehrter Herr Prof. Hippler,
sehr geehrter Herr Prof. Umbach,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Senat der Universität Tübingen hat am 17.12.2009 die folgende Ergänzung zur Präambel der Grundordnung beschlossen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Über die Folgerungen für die Forschungsprojekte und eine ggf. einzurichtende Prüfstelle wird noch im Einzelnen gesprochen.

Die Forderung nach Aufnahme einer solchen Zivilklausel für das gesamte KIT wurde Ihnen mehrfach vorgetragen, zuletzt anlässlich des Antikriegstags 2009. Sie wissen, welche Bedeutung diese zukunftsweisende Bestimmung für die Tätigkeit und das Ansehen des Forschungszentrums in der Vergangenheit besessen hat und Sie wissen, dass die Beschäftigten dazu stehen und weiter für ausschließlich friedliche Zwecke arbeiten wollen.

Sie wissen auch, dass sich die Studierenden in einer Urabstimmung vor einem Jahr für eine einheitliche Zivilklausel ausgesprochen haben. Diese Forderung wurde kürzlich im Zusammenhang mit den Streikaktionen für eine bessere Bildung erneut erhoben.

Nicht nur wir sind der Auffassung, dass die gegenwärtige Situation einer geteilten Zivilklausel für Campus Nord und Süd völlig fragwürdig ist. Dies widerspricht der beabsichtigten vollständigen Verschmelzung. Bedenken, dass damit Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach angesiedelt worden ist, sind von über 100 internationalen Persönlichkeiten vorgetragen worden. Aus dem Ministerium wurde Ihnen mehrfach erklärt, dass eine Zivilklausel für die Universität nicht möglich sei, weil diese der Verfassungsbestimmung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung widersprechen würde. Diese Auffassung ist in einem Ihnen bekannten verfassungsrechtlichen Gutachten von Prof. Denninger widerlegt worden. Er weist nach, dass die Selbstbindung der Universitäten in Form einer Zivilklausel sehr wohl möglich ist und geht noch einen Schritt weiter. Dies steht in völliger Übereinstimmung mit der Friedensfinalität des Grundgesetzes.

Wir sind uns bewusst, welch enormer Druck von ergiebigen Finanzquellen aus Rüstungshaushalten ausgeht und dass einige KIT-Planungen als Folge einer einheitlichen Zivilklausel geändert werden müssten. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass die WissenschaftlerInnen und Beschäftigten des KIT ohne weiteres in der Lage sind, ihr großes schöpferisches Potential ausschließlich auf friedliche Zwecken zu orientieren.

Sehr geehrte Mitglieder des Senats,

machen Sie bitte wie der Tübinger Senat von Ihrer autonomen Entscheidungsbefugnis Gebrauch und beschliessen die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundordnung. Wir alle leben in einer zerbrechlichen Welt. Zivile, wirtschaftliche und humanitäre Konflikte und Problemlösungen zu suchen, statt mit Krieg und Militäreinsätzen Sicherheit oder gar Gerechtigkeit schaffen zu wollen, ist das unabweisbare Gebot der Vernunft.

Dazu wird auch der Beitrag des KIT gebraucht, dem als öffentliche Bildungs- und Forschungsstätte eine große Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit zukommt.

Mit freundlichen Grüßen,

Jürgen Ziegler (ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald); Sebastian Maisch (UStA der Universität Karlsruhe); Lothar Letsche (Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Baden-Württemberg); Sonnhild Thiel (Friedensbündnis Karlsruhe); Dietrich Schulze (Initiative gegen Militärforschung an Universitäten)

Link:

Grafik:

Gelesen: 152

Id:	6603
Datum:	16.Dezember.2009
Titel:	KIT: Ferngesteuertes Fahrzeug für "unsere Jungs draußen" in Entwicklung
AutorIn:	Schulze, Dietrich
Quelle:	per mail 16.12.09

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Über die Innenarchitektur des militärisch-industriellen Großforschungskomplexes Universität Karlsruhe / KIT in Entwicklung

Unter dem Titel „KIT: Erster Forschungsneubau in Ex-Kaserne - Konzepte für Fahrzeuge der Zukunft“ konnte man im Amtsblatt der Stadt Karlsruhe am 20. November lesen, dass in fünfzehn Monaten das rund acht Millionen Euro teure Gebäude fertig gestellt sein soll, dessen Kosten sich Bund und KIT teilen. Dazu kämen noch sechs Millionen Euro für Großgeräte, davon 3,4 Millionen aus der Exzellenzinitiative. »"Exzellente Forschung braucht exzellente Ausstattung. Wir nehmen die Herausforderung auch im baulichen Bereich an", freute sich KIT-Vizepräsident Professor Detlef Löhe über die "erste Neubaumaßnahmen unter dem Dach des KIT". Gleichzeitig wies er auf die Bedeutung der Fahrzeugtechnik als wichtigen Baustein im KIT-Portefolio hin, bei dem ein besonders intensiver Austausch mit Unternehmen und Drittmittelgebern stattfindet.«
Man reibt sich die Augen. Hier sprudelt das Geld in einer ansonsten klammen Universität. Für die Kernforderung der für bessere Bildung streikenden Studierenden, höhere Mittelzuweisungen für die Universitäten, damit z.B. die Studiengebühren abgeschafft werden können, gibt es keine Zustimmung. Um welche gewichtige Sorte von Fahrzeugtechnik könnte es sich hier handeln, die diese Kosten rechtfertigen?

Dazu genügt ein Blick in das Online-Magazin „german foreign policy“ vom 18. November. Unter dem Titel „Kampfmaschinen“ heisst es dort: »Die Bundeswehr will bei künftigen Kriegooperationen in Afghanistan zunehmend unbemannte Landfahrzeuge (Unmanned Ground Vehicles, UGVs) zum Einsatz bringen. ... Ziel ist es, die Verluste unter den eigenen Soldaten zu minimieren und Widerstände gegen den Krieg zu schwächen.... Erst vor kurzem hat die deutsche Rüstungsindustrie einen entsprechenden millionenschweren Forschungsauftrag der Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) erhalten. Die deutschen Streitkräfte arbeiten bereits seit längerem sehr erfolgreich an der Entwicklung "intelligenter" Kampfmaschinen. Dazu wird auch an zivilen Hochschulen akkumuliertes Know-how genutzt. ... Federführend bei der Entwicklung von UGVs für die deutschen Streitkräfte ist der Wissenschaftler Hans Joachim Wünsche, Leiter des Bereichs "Technik Autonomer Systeme" an der Münchener Bundeswehr-Universität. ... Zum anderen gehört Wünsche zu den Leitern des "Sonderforschungsbereichs Kognitive Automobile", der mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am "Karlsruhe Institute for Technology" (KIT) eingerichtet wurde. Ziel, so die Münchner Bundeswehr-Universität, sei jeweils die Entwicklung von unbemannten Fahrzeugen, die sowohl mit Sensoren ausgestattet sind als auch über "kognitive Fähigkeiten wie Wahrnehmung, Überlegung, Lernen und Planen" verfügen.«

Und just eine kognitive neue Kommunikationstechnik unter dem Titel „Software Defined Radio“, auch „Cognitive Radio“ genannt, ist das nach monatelanger Vertuschung zugegebene Militärforschungsprogramm am Nachrichtentechnischen Institut der Uni Karlsruhe, das vorwiegend für multinationale Interventionseinsätze wie in Afghanistan gebraucht wird. Ein Blick auf den gegenwärtigen Krieg in Afghanistan – auf das Kunduz-Massaker eines deutschen Offiziers. Nach der Bundestagswahl nicht mehr weiter zu verschweigen - mit höchster Billigung. Die Aufgabe des neuen Verteidigungsministers Guttenberg: Die Zivilbevölkerung Schritt für Schritt auf einen bekennenden Militarismus einzuschwören, der die Billigung offener Kriegsverbrechen einschließt.

Die Universitäten mit ihrem riesigen Potential an gebildeten und weiter zu bildenden jungen Menschen sollen Schritt für Schritt ebenso darauf eingeschworen und auf Teilnahme an militärischer und zivilmilitärischer Forschung eingestellt werden. Wie in der Regierung werden dazu in den Universitäten Macher gebraucht. Der Macher (nennen wir ihn Innenarchitekt) in

Karlsruhe heisst Prof. Dr. Detlef Löhe, seines Zeichens vormals Prorektor für Forschung der Universität, seit dem Zusammenschluss mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruhe Institute of Technology KIT, ab 1. Oktober Vizepräsident des KIT.

Dessen Aufgabe ist nicht ganz trivial, aber er hat mächtige Verbündete wie den zuständigen Landesminister Frankenberg und Daimler-Chef Zetsche als Mitglied des KIT-Aufsichtsrats. Denn immerhin 69 % der Bevölkerung befürworten einen baldmöglichsten Rückzug der Bundeswehr aus Aghanistan. Noch ist die Ausgrenzung von Studierenden aus den weniger begüterten Schichten der Bevölkerung mittels Studiengebühren und anderer Methoden nicht genügend weit fortgeschritten. Die Universitäten bilden also gegenwärtig noch die Gesamtbevölkerung ab. So verwundert es nicht, wenn in einer Urabstimmung in der Universität Karlsruhe im Januar 2009 sich 63 % der abstimmenden Studierenden für eine einheitliche Zivilklausel am KIT, d.h. für den Verzicht auf jegliche Militärforschung ausgesprochen haben. Dieses demokratische Votum wird von Minister Frankenberg schlicht und ergreifend ignoriert.

In einer ddp-Pressemitteilung vom 12. Dezember heisst es: »Laut der Pressestelle des Ministeriums will Frankenberg zwar die bewährte Tradition ziviler Forschung des Forschungszentrums Karlsruhe auch im jetzigen KIT nicht verändern. Daher gelte dort die Zivilklausel weiterhin. Bei der anderen Institution des KIT gelte das aber so nicht: "Für den Universitätsbereich gilt die Wissenschaftsfreiheit. Das Grundgesetz enthält einen Verteidigungsauftrag und dazu zählt auch die Verteidigungsforschung."« Ganz abgesehen davon, dass die angebliche Freiheit für Militärforschung auch für das Forschungszentrum gelten müsste und der dortigen Zivilklausel widersprechen würde, wiederholt der Minister seine hanebüchene Uminterpretation des Grundgesetzes, obwohl diese bereits im Februar von dem führenden Verfassungsrechtler Prof. Eberhard Denninger in einem Gutachten widerlegt worden ist. Ignoranz und Arroganz der Macht. Der US-Friedenwissenschaftler Subrata Ghoshroy hatte am 1. Dezember in dem von Streikenden besetzten Redtenbacher-Hörsaal in der Uni Karlsruhe die verheerenden Folgen der seit Jahrzehnte betriebenen Militarisation der US-Gesellschaft aufgezeigt. Präsident Eisenhower hatte schon 1961 vor dem militärisch-industriellen Komplex gewarnt.

Nach dem Vortrag beschlossen die Studierenden: "Wir fordern Bundes- und Landesregierung in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Urabstimmung der Studierenden im Jahr 2009 auf, im KIT-Gesetz die Zivilklausel für das gesamte KIT zu verankern."

Kognitive Soldatenkommunikation - und vermutlich „kognitive unbemannte Kriegsmaschinen“ - ist beileibe nicht die einzige Militärforschungsaktivität am KIT. Das Online-Magazin ka-news berichtete am 10. Dezember über das durch Fusion mit einem Rüstungsforschungsinstitut neu entstandene Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB (früher IITB): »Die zivile und militärische Sicherheitsforschung zur Bewältigung von Naturkatastrophen sowie zur Abwehr von terroristischen Bedrohungen, hat für beide Institute zentrale Bedeutung und profitiert durch die Fusion besonders stark. ... Aber nicht nur untereinander, sondern auch in der TechnologieRegion soll die Vernetzung ausgebaut werden. Bisher ist das IITB in Karlsruhe über den Lehrstuhl Interaktive Echtzeitsysteme an die Fakultät für Informatik des Karlsruher Instituts für Technologie KIT angebunden. Eine Einbindung des IOSB in eine weitere Fakultät wird angestrebt.« Eine frühere „weitere“ Anbindung gibt es schon. Der Chef des Rüstungsforschungsinstituts, jetzt zweiter IOSB-Chef, war und ist Lehrbeauftragter am militärisch forschenden Nachrichtentechnischen Institut der Uni.

Liegt es bei all dieser Verquickung des KIT mit umliegenden Fraunhofer-Instituten nicht nahe, diese gleich in das KIT einzubauen? Ja, genau das war der Plan des Innenarchitekten. Das geht aus dem Bericht von Dennis Nitsche, persönlicher Referent des Uni-Rektors, über die KIT-Gründung hervor: „Noch weiter war der von Prorektor Löhe eingebrachte Vorschlag gegangen, neben dem FZK (Forschungszentrum Karlsruhe) die um Karlsruhe angesiedelten Fraunhofer-Institute ebenfalls einzubeziehen; dieser Vorschlag wurde aufgrund zu hoher Komplexität jedoch wieder verworfen.“

Tatsächlich wurde die Idee nicht verworfen, sondern lediglich anders umgesetzt. Verflechtung statt Fusion. Auf den entstehenden zivilmilitärischen Großforschungskomplex hatte der Autor aufgrund von Indizien bereits im Januar hingewiesen (uz 30.01.2009). Diese Pläne werden gegenwärtig noch verborgen und vertuscht. Nur zwei aktuelle Beispiele dafür, wie öffentlichkeitsscheu das KIT ist.

	<p>Angesprochen auf die eingangs dargestellte Zusammenarbeit zwischen KIT und Militärs, lehnte die KIT-Pressestelle eine Stellungnahme ab (ddp-Bericht 12.12.2009).</p> <p>Pünktlich zur KIT-Gründung wurde der öffentliche Zugang zum zitierten Nitsche-Bericht im Netz gesperrt. War er zu offenherzig bezüglich des beschriebenen Löhe-Plans, gleich von Anfang an die Universität, das Forschungszentrum und die umliegenden Fraunhofer-Institute im KIT zu fusionieren?</p> <p>Die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ wird weiter öffentlich informieren und demokratische Unruhe verbreiten.</p>
Link:	
Grafik:	
Gelesen:	186

Id:	6455
Datum:	16.November.2009
Titel:	Karlsruhe: Super-Uni KIT: Schein, Sein und Bildungsstreik
AutorIn:	Schulze, Dietrich
Quelle:	
Text:	<p>Mit großem publizistischen Aufwand wurde nach jahrelangen Vorarbeiten zum 1. Oktober 2009 die „Elite-Universität“ Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zur Bildungs-, Forschungs- und Innovationseinrichtung „Karlsruhe Institute of Technology“ KIT verschmolzen. Mit Begriffen wie Elite, Exzellenz, Spitzenforschung und Hochtechnologie-Standort wird der Eindruck erweckt, dass hier etwas ganz Großes passiert, in einem Koloss mit 8.000 Beschäftigten und 22.000 Studierenden. Ministerin Schavan sprach davon, „den Wissenschaftseinrichtungen mehr Freiheit und Eigenverantwortung zu geben und starre Strukturen zu überwinden“. Im CDU/CSU-Regierungsprogramm 2009-2013 wird das KIT als eines von drei neuartigen Einrichtungen aufgeführt, mit denen die Forschungspotenziale unter einem Dach gebündelt werden sollen. Regelmässig wird die Augenhöhe mit dem MIT „Massachusetts Institute of Technology“ beschworen. Am 17. November macht sich hingegen die Karlsruher „Elite“ zum bundesweiten Bildungsstreik auf. Im Januar hatte sie sich im eindeutigen Gegensatz zur vorherrschenden Meinung in Staat und Wirtschaft in einer Urabstimmung gegen Militärforschung und für eine Zivilklausel ausgesprochen. Wie kann man das verstehen?</p> <p>Dazu ist es zunächst hilfreich zu fragen, wie sich Elite definiert. Der russische Philosoph Boris Groys, New York University (früher ZKM Karlsruhe), gibt darauf eine bemerkenswerte Antwort (Interview Süddeutsche Zeitung 10.11.2009). Elite habe im Gegensatz zur absichtsvoll verbreiteten Darstellung, jedenfalls in dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, nichts mit Bildung, aber viel mit Geld, Medienpräsenz und der Inszenierung zu tun, was öffentlich als TOP erscheinen soll. Als primäre Aufgabe des Staates sieht es Groys an, „Ungleichheit zu gewährleisten. Also den armen Teil der Bevölkerung daran zu hindern, den Wohlhabenden das Geld abzunehmen.“ Starker Tobak. Er hat es gewagt, die Systemfrage zu stellen. Schauen wir uns die Fakten bei der Super-Uni an.</p> <p>Beseitigung jeglicher Mitbestimmung</p> <p>Noch bevor Details der Fusion feststanden, war eines von allem Anfang an für die zuständigen Staatsbürokraten (Bundesministerin Annette Schavan, Landesminister Peter Frankenberg) völlig unstrittig, dass nämlich existierende Mitbestimmungsregelungen ausradiert werden. Das betraf die Mitbestimmung gewählter WissenschaftlerInnen auf Institutsebene im Forschungszentrum und des Wissenschaftlich-Technischen Rats, mit dem der Vorstand u.a. bezüglich des Forschungsprogramms Einvernehmen erzielen musste. Diese Regelungen waren im Gefolge der Hochschulreform Anfang der 70er Jahre unter der Formel „Mehr Demokratie wagen!“ auch in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen eingeführt worden und haben tatsächlich ein Stück</p>

„mehr Freiheit und Eigenverantwortung“ zum Nutzen der Allgemeinheit gebracht. Die Regelungen sind von großem Wert vor allem bei Umstrukturierungen, mit denen manche Willkür gestoppt werden konnte. Leider sind die entsprechenden Regelungen an den Universitäten schon lange vorher beseitigt worden. Berüchtigt ist die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft durch Ministerpräsident Filbinger, das heisst die Beseitigung der Autonomie der größten Gruppe der von der Fusion Betroffenen. Das hat die Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg in finanzieller Hinsicht geschwächt, nicht jedoch an der Wahrnehmung ihres politischen Mandats gehindert. Dazu gleich mehr.

Die zweite wichtige Mitbestimmungsregelung ist die Anwendung des Betriebsverfassungsgesetzes im Forschungszentrum. Damit konnte der Betriebsrat in Dutzenden von Einigungsstellen auf der gesetzlichen Grundlage von deren Letztentscheidungsrecht vorteilhafte soziale Regelungen erkämpfen. Das alles gibt es im Personalvertretungsrecht nicht. Hier entscheidet letztlich der Arbeitgeber, d.h. die Ministerialbürokratie. Genauso wie bei der wissenschaftlichen Mitbestimmung war von Anfang an klar, dass für KIT diese weitergehende Mitbestimmung gestrichen und das Landespersonalvertretungsgesetz eingeführt wird. Dass der Betriebsrat auf gleicher Augenhöhe mit dem Arbeitgeber verhandeln und seine Position mit guten Kompromissen durchsetzen konnte, hat das demokratische Klima im Forschungszentrum erheblich geprägt. Und es blieb nicht bei sozialen Forderungen. In koordinierten Aktionen der gewählten WissenschaftlerInnen, des Betriebsrats und der Beschäftigten konnten mehrere Versuche abgewehrt werden, die Zivilklausel (Forschung nur für friedliche Zwecke) aufzuweichen.

Freiheit für wen?

Wieso wird vom Staat das genaue Gegenteil von „mehr Freiheit und Eigenverantwortung“ in der Praxis durchgepeitscht? Weil es nicht um die Freiheit der Beschäftigten und der Studierenden, sondern um die Freiheit der Besitzenden geht. Weil es nicht um Bildung im Sinne des Humboldtschen Ideals für alle, sondern um zweckgebundene Abrichtung zu intelligenten Werkzeugen geht, die den Kriegskurs nach Außen und Innen mitmachen. In den 30er Jahren haben sie sich massenweise gegen Juden, Zigeuner, Bolschewisten, Marxisten, Gewerkschaften und andere als innere und äußere Feinde dargestellte Gruppen missbrauchen lassen. Heute soll das gleiche Schema gegen Islamisten, Terroristen, Linksextremisten durchgepaukt werden. Weil es um die Verteidigung die Ungleichheit nach Außen und Innen geht. Die Besitzenden haben mit Daimler-Benz- und anderen Firmenbossen im KIT-Aufsichtsrat jetzt das große Sagen. Und für deren Pläne sind Mitbestimmungsregelungen „starre Strukturen“, die nunmehr beseitigt worden sind.

Bildungsstreik gegen organisierte Ungleichheit

Die Hörsaalbesetzungen und der bundesweite Bildungstreiktag 17. November sind auf die Ermöglichung von umfassender Bildung und freiem Zugang zu den Universitäten gerichtet, gegen staatlich organisierte Ungleichheit, gegen Studiengebühren, gegen die Zurichtung mittels des Bachelor-Masters-Systems und für eine demokratische Hochschulreform. Selbst der Senat der Universität Karlsruhe hatte die Forderung der Studierenden nach Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft unterstützt. Das alles hat Minister Frankenberg (CDU) zu keinem Zeitpunkt angefochten. Freiheit für großen Industrie- und Rüstungskonzerne bedeutet eben, jegliche staatliche Verpflichtungsregelung, wie die Einhaltung eines Militärforschungsverzichts oder die Garantierung von Autonomierechten der Studierenden auf dem fortschreitenden Weg der Privatisierung zu vermeiden.

Systemfrage stellen und Veränderungen erkämpfen

Zurück zu Groys und Humboldt. An der Humboldt-Uni zu Berlin prangt die zu DDR-Zeiten angebrachte elfte Feuerbach-These von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Groys bleibt bei der Interpretation stehen, immerhin einer redlichen. Im Gegensatz zu seinem früheren ZKM-Kollegen Peter Sloterdijk, der allen Ernstes den Staat als eine Macht definiert, die Reichen per Zwangssteuer zu unterdrücken. Vor dieser Unterdrückung konnte sich die Öffentlichkeit anhand der Milliardensubventionen für marode Banken gerade eine einprägsame Vorstellung machen. Die Studierenden und die Beschäftigten mit ihren Gewerkschaften mögen zwar noch zu unscharf interpretieren, aber sie gehen einen entscheidenden Schritt weiter als der Philosoph Groys. Sie

versuchen, die sie bedrückenden Verhältnisse zu ändern. Das macht Mut, hat große Perspektiven und ein gutes Vorbild, nämlich die 68er-Studentenbewegung. Sie begannen in Uni-Zirkeln „Das Kapital“ zu lesen und träumten von der Aktionseinheit der Studenten- und Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe

An der Uni Karlsruhe, jetzt am KIT, gibt es eine Gewerkschaftliche Studierendengruppe, in der Unorganisierte und studierende IG Metall-, ver.di- und GEW-Mitglieder brüderlich und schwesterlich zusammenarbeiten. Zusammen mit den Gewerkschaften haben sie gerade durchgeboxt, dass die studierenden „wissenschaftlichen Hilfskräfte“ tariflich bezahlt werden. Im Januar hatten sie mit einer druckvollen Unterschriftensammlung dafür gesorgt, dass die erwähnte Urabstimmung vom UStA der Universität durchgeführt wurde. Dabei hatten sich 63 % der abstimmenden Studierenden für eine einheitliche Zivilklausel am KIT, d.h. für jeglichen Verzicht auf Militärforschung ausgesprochen. Gleichlautende Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften und Parlamentariern sowie von internationalen Persönlichkeiten wurden von Minister Frankenberg vom Tisch gefegt. Er bekannte öffentlich, dass am gesamten KIT Waffenforschung betrieben werden soll, wohl wissend, dass damit das nach wie vor geltende Kernwaffenforschungsverbot unterlaufen werden könnte. Aktuell forscht die Universität Karlsruhe an einem Kommunikationssystem für multilaterale militärische Interventionseinsätze. Dafür hat EADS gerade einen zweistelligen Millionenbetrag vom Bundesverteidigungsministerium erhalten.

MIT meets KIT

Die ideenreiche Gewerkschaftliche Studierendengruppe verfolgt ihren Kurs energisch weiter. Es ist ihr zusammen mit einer „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ gelungen, einen US-Friedenswissenschaftler ausgerechnet aus jenem MIT einzuladen, das wegen überwiegender Rüstungs- und Privatfinanzierung als KIT-Vorbild angesehen wird. An der Veranstaltung in der Uni Karlsruhe sind beteiligt: UStA, ver.di, GEW, INES, NatWiss, attac, FifF, FEFF, DFG/VK. Man darf auf Subrata Ghoshroy gespannt sein. Termin: 1. Dezember, 17.30 Uhr, Uni Karlsruhe, Großer Bau-Ing.-Hörsaal (Geb. 10.50). Mehr unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Link: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Grafik: 279

Gelesen: 637

Id: 6424

Datum: 9.November.2009

Titel: Karlsruhe: DGB-Regionalkonferenz fordert Beendigung der Militärforschung am KIT

AutorIn: Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Quelle: per mail, 7.11.

Text:

Beschluss der DGB-Regionalkonferenz Nordbaden am 7.11.2009 in Bruchsal: Militärforschung an Uni Karlsruhe / KIT beenden. Einheitliche Zivilklausel für Super-Universität

Die DGB-Regionalkonferenz Nordbaden bekräftigt trotz anderer Entscheidung von Landesregierung und Landesparlament Baden-Württemberg die Forderung nach einer einheitlichen Zivilklausel (Forschung nur für friedliche Zwecke) für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), d.h. den Verzicht auf jegliche militärische Forschung.

Als notwendige Sofortmaßnahme wird von der Landesregierung sowie von Vorstand und Senat des KIT gefordert, das laufende Militärforschungsprogramm am Nachrichtentechnischen Institut der Universität zu beenden. Außerdem ist gemäß den Vorgaben der Bundesregierung die kerntechnische Forschung der Universität in die für die Großforschung geltende Zivilklausel einzubeziehen.

Die Regionalkonferenz missbilligt die fortgesetzte Weigerung der Landesregierung und des

	<p>Rektors der Universität, mit den zuständigen Gewerkschaften über die Schaffung einer einheitlichen KIT-Zivilklausel in den Dialog zu treten. Beide ignorieren ein diesbezügliches verfassungsrechtliches Gutachten ebenso wie den per Urabstimmung ausgedrückten demokratischen Willen der Studierendenschaft sowie einen internationalen Appell, der von über 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter dem Bürgermeister von Hiroshima unterzeichnet worden ist.</p> <p>Militärische Forschung, untrennbar mit Geheimhaltung verbunden, hat in einer öffentlich finanzierten und dem Gemeinwohl verpflichteten Lehr- und Forschungseinrichtung nichts zu suchen, schon gar nicht in einer Institution, die gleichzeitig Kernforschung betreibt (Kernwaffenforschungsverbot). Die Ausrichtung auf ausschließliche Zivildforschung ist sichtbarer Ausdruck des Willens zu weltweiter Verständigung und zum Frieden.</p> <p>DGB, ver.di und GEW Baden-Württemberg werden gebeten, Landes- und Bundesregierung sowie Vorstand und Senat des KIT unter Verweis auf obige Forderungen und Gedanken öffentlichkeitswirksam an deren gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.</p>
Link:	www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf
Grafik:	
Gelesen:	211

Id:	6166
Datum:	1.Oktober.2009
Titel:	Karlsruhe: Sicherheit geht auch anders! – zur 4. Future Security Konferenz
AutorIn:	ver.di
Quelle:	freundlicherweise von den AktivistInnen zur Verfügung gestellt
Text:	<p>[Vom 29.09. bis zum 01.10. fand im Kongresszentrum in Karlsruhe die 4. Future Security Konferenz statt. Dort diskutierten Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über Sicherheitskonzepte. Da bei solchen Kongressen der Anteil von SicherheitsfanatikerInnen und Rüstungsforschungs-SympathisantInnen überdurchschnittlich hoch ist, überlegten sich ein paar Leute, vor Ort auf alternative Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Uns wurde freundlicherweise der Flyer zur Verfügung gestellt, in dem ver.di-GewerkschaftlerInnen sich direkt an die TeilnehmerInnen der Konferenz richten. Die Konferenz war im Übrigen sehr schlecht besucht. Ein Beobachter schätzte, dass im Vergleich zur letzten Konferenz 2007 nur ein Viertel der Personen anwesend waren. Dies ist wahrscheinlich auch darauf zurückzuführen, dass zeitgleich in Stockholm 4. European Security Research-Konferenz stattfand, die ähnliches Klientel anzog. sf für STATTWEB]</p> <p><u>„Future Security“ alternativ</u> <i>Zivile Sicherheit zugunsten von militärischen Zwecken vernachlässigt - Finanzmittel für zivile Sicherheit aufstocken - Zivildforschung stärken statt „dual use“ und Rüstungsforschung - Fraunhofer IITB zivilisieren statt militarisieren - einheitliche Zivilklausel für KIT - Verantwortung der WissenschaftlerInnen</i></p> <p>Moderne Kommunikationstechnik für Feuerwehr und Rettungsdienste ist überfällig Für ein erfolgreiches Katastrophenmanagement müssen möglichst vollständige Informationen über die Lage sowie die für deren Gewinnung erforderlichen Kommunikationswege zur Verfügung stehen. Aus Sicht des verantwortlichen Leiters hat die Sicherheit seines Personals und der zu bergenden Personen oberste Priorität. Besonders kritisch sind dabei die Überwachung der Vitalfunktionen und eine rasche Lokalisierung der sich im Gefahrenbereich befindenden Personen. Es muss sofort reagiert werden, wenn der Kontakt zum Einsatzpersonal abreißt, und die Gefahr einer bedrohlichen Verletzung bzw. Erstickungsgefahr besteht. Ausschlaggebend für eine umfassende Bewertung der Situation sind neben aktuellen auf den</p>

Einsatzraum bezogenen Daten, Karten und Luftbildern funktionierende Kommunikationswege, u.a. zur Übertragung von Sprache, Bildern sowie Messwerten wie Atmung, Puls, Temperatur, Schadstoffkonzentration und -ausbreitung, radioaktive Strahlung usw.

Diese Voraussetzungen sind in der Praxis aufgrund fehlender Infrastruktur und durch Grenzen der gegenwärtigen Technik häufig nicht gegeben. Man stelle sich zum Beispiel einen Bergungseinsatz in einem brennenden mehrstöckigen Stahlbetonbau vor. Konventionelle analoge Funktechnik versagt hier in aller Regel, sodass eine Kommunikation mit den Einsatzkräften vor Ort und deren schnelle Lokalisierung im Ernstfall scheitert.

Um hier Abhilfe zu schaffen, soll der Mitte der 1990er Jahre entwickelte TETRA-Standard mit einem bundesweiten Digitalfunknetz für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben den Analogfunk in Deutschland ablösen. Das TETRA-System ist jedoch technisch veraltet und umstritten. Wir können uns hier nur dem Zitat des Magazins SPIEGEL 20/2006 anschließen: „Die Maut lässt grüßen.“

Zivile Mittel für Sicherheitsforschung bereitstellen

Wir sind überzeugt davon, dass die genannten Forschungseinrichtungen über die wissenschaftliche Kompetenz und die Werkzeuge verfügen, um Sicherheitstechnik weiterzuentwickeln, die sich an den Anforderungen der zivilen Anwender orientiert. Da die Forschungsprojekte zu einem Gutteil über Mittel des Auftraggebers finanziert werden müssen, hier zwei Vorschläge:

1. Einrichtung eines ausreichend großen Förderungs-topfes durch Umschichtung aus dem Rüstungshaushalt für die Modernisierung der öffentlichen Sicherheits- und Brandbekämpfungstechnik beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), für deren Mittel sich Projektpartner aus zivilen Anwendungen wie Feuerwehr, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk zusammen mit der Forschung bewerben können.
2. Ähnlich wie Ziff 1, jedoch mit lokalen Partnern aus Forschung und Feuerwehr mit Forschungsmitteln, die zweckgebunden von der Kommune oder dem Land bereitgestellt werden. Für den zweiten Vorschlag gibt es in Karlsruhe ideale Voraussetzungen. Statt problematischer Millionenprojekte wie der U-Strab würde ein Bruchteil der Mittel genügen, um ein Forschungsprojekt Feuerwehr auf die Beine zu stellen, das einen großen Nutzen für alle BürgerInnen und obendrein bundesweite Bedeutung hätte. Wir regen hiermit an, dass sich Oberbürgermeister Heinz Fenrich, Bürgermeister Klaus Stapf, der Gemeinderat und die entsprechenden Institutsleitungen und WissenschaftlerInnen mit dem Vorschlag befassen mögen.

Verschmelzung IITB mit Militärforschung FGAN-FOM für Konversion nutzen – Einheitliche Zivilklausel für KIT durchsetzen

Dafür gibt es einen weiteren guten Grund. Ende Juni ist beschlossen worden, das Ettlinger Militärforschungsinstitut FGAN-FOM mit ca. 130 Beschäftigten mit dem Karlsruher Fraunhofer IITB mit ca. 190 Beschäftigten vollständig zu verschmelzen. Abgesehen von einer fünfjährigen für ca. 20 zivile Stellen soll der Ettlinger Teil weiter Militärforschung und Wehrtechnikberatung für das Bundesverteidigungsministerium BMVg und die Rüstungsindustrie betreiben. Damit verdoppelt sich der Militärforschungsanteil im FhG IITB von einem Drittel auf mehr als zwei Drittel. Hintergrund ist der in allen Bereichen der Innen- und Außenpolitik ins Militärische gewendete, erweiterte Sicherheitsbegriff. BMBF-Programme sollen im Sinne eines „dual use“ von vornherein in Richtung von maximalem militärischem Nutzen gesteuert werden.

Dieser zivilmilitärische Weg ist ein Irrweg. Gerade der Afghanistan-Krieg beweist, dass Sicherheit und Fortschritt nicht mit militärischen Mitteln, sondern nur durch geduldige zivile Aufbauarbeit erreicht werden können. Dazu gehört Einschränkung statt Ausweitung von Militärforschung, d. h. die bewußte Konversion von militärischer Forschung in zivile Projekte. Das ist auch wegen der Sicherheit der Arbeitsplätze von Bedeutung. Forschung für unsinnige Rüstungsprojekte ist instabiler als die Propaganda dafür. Das Forschungszentrum Karlsruhe, das eine Zivilklausel („Verzicht auf militärische Forschung“) besitzt, hat mit seiner über 50-jährigen Praxis bewiesen, wie erfolgreiche ausschließlich zivile Forschung zum Nutzen der Allgemeinheit und von zivilen mittelständischen Auftraggebern aussehen kann. Das Forschungszentrum ist mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology KIT vereinigt worden. Gegen den Protest der Gewerkschaften und gegen internationalen Protest von über 100 Persönlichkeiten des

öffentlichen Lebens, darunter Bürgermeister Akiba von Hiroshima und Physiknobelpreisträger Steinberger, ist bei dieser Fusion nicht auf Militärforschung an der Universität verzichtet worden. IITB und Universität / KIT sind personell und organisatorisch verflochten. In beiden Fusionsfällen kommt der Universität eine Schlüsselrolle zu, weil nur durch eine enge Verflechtung der Zugang zur Nachwuchsressource Uni-Studierende sichergestellt werden kann.

Der Widerstand aus der größten Gruppe der Betroffenen wächst jedoch. Die Studierenden der Elite-Exzellenz-Uni haben sich in einer bundesweit einmaligen Urabstimmung klar gegen Militärforschung und für eine einheitliche KIT-Zivilklausel ausgesprochen. Wir appellieren an die Verantwortung der WissenschaftlerInnen für die Gestaltung der Zukunft und fordern Sie auf, ihre Forschung zivil auszurichten und alle Initiativen in diese Richtung tatkräftig zu unterstützen.

Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts

Widerstehen Sie den Verlockungen der Rüstungsindustrie. Hören Sie auf ihr Gewissen. Lassen Sie sich nicht leiten von den Interessen des Sponsors der Tagung, des Rüstungskonzerns Diehl (2 Mrd. €Umsatz)

Der komplette Flyer findet sich unter:

http://mittelbaden.verdi.de/fachbereiche_branchen/bildung_wissenschaft_und_forschung/data/verdi-flyer-FS2009.pdf

Link:

Grafik: 283

Gelesen: 140

Id: 5912

Datum: 31.August.2009

Titel: Karlsruhe (KIT): Auf Militärforschung verzichten! Offener Brief an Frankenberg und Hippler

AutorIn: INES Campaign Abandonment of Military Research & Civil Clause Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Quelle: PM vom 31.08.09

Text: Aus Anlass des Antikriegstages am 1. September hat sich eine Initiative gegen Militärforschung an Universitäten in einem Offenen Brief an den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Frankenberg, und den Rektor der Universität Karlsruhe, Prof. Dr. Horst Hippler, mit der Forderung gewandt, die derzeit nur für den Bereich des früheren Forschungszentrums geltende Zivilklausel („Forschung nur für friedliche Zwecke“) im KIT insgesamt zur Geltung zu bringen. Ebendies war auch das Votum der Studierenden der Universität Karlsruhe, das per Urabstimmung im Januar mit einer klaren Mehrheit angenommen wurde. Die Initiatoren erinnern daran, dass seinerzeit die Gründung von Kernforschungszentren zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Kernenergie nur unter Voraussetzung eines völkerrechtlichen Verzichts auf Erforschung und Besitz von Kernwaffen möglich war. Insbesondere fordern sie, dass das neu zu gründende kerntechnische Institut an der Universität gemäß der von der Bundesregierung ausdrücklich festgelegten „Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT“ unverzüglich in den Geltungsbereich der Zivilklausel aufgenommen wird.

Militärische Forschung habe an einer öffentlichen Universität nichts zu suchen, da in solchen Projekten mit öffentlichen Mitteln erworbenes Wissen üblicherweise geheim gehalten werde. Daher solle auf militärische Forschung im Bereich der früheren Universität verzichtet werden, um stattdessen zivile, wirtschaftliche und humanitäre Konflikt- und Problemlösungen zu suchen: „Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das

Denken der Zukunft muß Kriege unmöglich machen“ (Einstein).

Die Initiative wird unterstützt von Studierenden der Universität, Teilen des Forschungszentrums, Gewerkschaften, nationalen wie internationalen Wissenschaftlervereinigungen und 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter auch der Bürgermeister der japanischen Stadt Hiroshima.

Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das Denken der Zukunft muß Kriege unmöglich machen. (Einstein)

Karlsruhe Institute of Technology KIT • Klarheit für Zivillorientierung schaffen • Verzicht auf Militärforschung • Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach • Studierendenvotum, Verfassungsauftrag und Völkerrecht respektieren • Einstein weiter denken • Kriege unmöglich machen

Offener Brief anlässlich des Antikriegstages 2009

an den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Prof. Dr. Peter Frankenberg und an den Rektor der Universität Karlsruhe Prof. Dr. Horst Hippler

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie haben sich in Ihrer Abschlussrede im Landtag am 8. Juli 2009 zur Einbringung des KIT-Gesetzes auf Einstein bezogen und militärische Forschung an der Universität und am KIT als zivile Betätigung gerechtfertigt, weil die Bundeswehr eine zivile Armee sei. Wir müssen es entschieden zurückweisen, ausgerechnet Einstein für eine derartige Rechtfertigung zu missbrauchen.

Einstein hat zeitlebens gegen Krieg und Militär als Mittel der Politik gekämpft. Dazu nur ein Zitat "Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen."

An diesen Einstein'schen Imperativ erinnern die unterzeichnenden Organisationen anlässlich des 70. Jahrestags des letzten Großen Krieges, der von deutschem Boden ausging.

Wir erinnern Sie in diesem Zusammenhang an den Internationalen Appell, mit dem Persönlichkeiten wie Hiroshima-Bürgermeister Tadatoshi Akiba und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger für eine einheitliche Zivilklausel plädieren und davor warnen, Kern- und Waffenforschung unter dem Dach der einen Rechtsperson KIT zu betreiben.

Die Gründung von Kernforschungszentren zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Kernenergie war nur unter Voraussetzung eines völkerrechtlichen Verzichts auf Erforschung und Besitz von Kernwaffen möglich. Das Verbot (Zivilklausel) erstreckt sich deswegen auf jegliche Militärforschung unter dem Dach der Forschungseinrichtung. Diese Bedenken sind von Ihnen leider ignoriert worden, indem Sie im KIT-Gesetzgebungsverfahren dafür gesorgt haben, dass an der Universität weiter Militärforschung betrieben werden kann.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Bundestagsanfrage DIE LINKE. Drs 16/13773 heißt es: „Aus Sicht der Bundesregierung ist die Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT beizubehalten.“ Sie lassen aber zu, dass an der Universität ein neues Kerntechnik-Institut gegründet wird. Die Durchführbarkeit dieses Trennungsggebots ist wegen der beabsichtigten vollständigen Verschmelzung von Universität und Forschungszentrum mit Recht bezweifelt worden. Sie verstoßen jetzt bereits gegen das Gebot der Bundesregierung, falls das Institut nicht ausdrücklich in den Geltungsbereich der Zivilklausel („Forschung nur für friedliche Zwecke“) einbezogen wird.

Wir fordern Sie auf, zumindest die gesamte kerntechnische Forschung und Entwicklung des KIT im Bereich der Universität Karlsruhe unverzüglich in den Geltungsbereich der Zivilklausel aufzunehmen.

Die mit Militärforschung einhergehende Geheimhaltung hat nichts an einer öffentlichen Universität zu suchen. Eine klare Mehrheit der abstimmenden Studierenden der Universität Karlsruhe hat in einer Urabstimmung im Januar dafür votiert, die Zivilklausel des Forschungszentrums (Verzicht auf Militärforschung) einheitlich für das gesamte KIT in das KIT-Gesetz zu übernehmen. Sie haben dieses bemerkenswerte friedenspolitische Votum der größten Gruppe der Betroffenen ebenso ignoriert, wie ein verfassungsrechtliches Gutachten. Das Gutachten sieht die Zivilklausel für Universität und KIT im Einklang mit der Verfassung und kann dieselbe sogar auf die Friedensfinalität des Grundgesetzes zurückführen.

Sehr geehrter Herr Rektor, gemäß beschlossenenem KIT-Gesetz kann an der Universität Rüstungsforschung betrieben werden. Das ist aber kein Muss. Sie selbst haben der Gewerkschaft ver.di im Dezember 2008 mitgeteilt, dass es an der Universität eine einzige Rüstungsforschungsaktivität gibt, das über einen Dreijahresabschnitt über das Bundesverteidigungsministerium geförderte Programm „MoU SDR“ (Software Defined Radio) am Nachrichtentechnischen Institut unter Leitung von Prof. Dr. Friedrich Jondral.

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten Problematik erwarten wir von Ihnen, im Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme im Senat daraufhin zu wirken, dass vorerst keine Mittel aus Rüstungsforschungsprogrammen beantragt werden. Zusammen mit dem Institutsleiter könnte darauf hingewirkt werden, dass für das Grundlagenforschungsprogramm SDR um Mittel aus dem zivilen Haushalt des Bundesforschungsministeriums nachgesucht wird. Wenn aus dem Hause Schavan keine Mittel zur Verfügung gestellt werden können, wird das Institut sicherlich flexibel genug sein, sich anstatt der SDR-Forschung zukunftsfähigen zivilen Forschungen zuzuwenden.

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Rektor,

die gerade hinter uns liegenden Jahrestage der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki haben uns erneut die Verletzlichkeit der menschlichen Zivilisation vor Augen geführt. Präsident Obama hat sich zur Verantwortlichkeit der USA bekannt, als erste und einzige Nation zu dieser Waffe gegriffen zu haben, woraus er geschlossen hat, dass die vollständige nukleare Abrüstung auf die weltpolitische Tagesordnung gesetzt werden muss.

Es bedarf keiner tiefeschürfenden Analysen, dass dieser Prozess nur dann erfolgreich sein kann, wenn auch die konventionelle Abrüstung weltweit angegangen wird. Zivile, wirtschaftliche und humanitäre Konflikt- und Problemlösungen zu suchen, statt mit Krieg und Militäreinsätzen Sicherheit oder gar Gerechtigkeit schaffen zu wollen, ist das unabweisbare Gebot der Vernunft. Zu zivilen Problemlösungen können gerade auch Wissenschaft und Forschung bedeutende Beiträge leisten.

Dabei ist die ausschließliche Zivilorientierung des Forschungszentrums ein vorbildhaftes Vermächtnis und eine Erfolgsgeschichte dazu. Diese Zivilklausel sollte das „pars pro toto“ für das gesamte KIT sein. Das wird auch durch weitere Unterschriften unter den internationalen Appell unterstrichen, die von INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) bei Veranstaltungen in Hiroshima und Nagasaki gesammelt worden sind.

Dem KIT als öffentliche Bildungs- und Forschungsstätte kommt eine große Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit und der Öffentlichkeit zu. Darüber, insbesondere über Charakter und Zwecke der Forschung am KIT möchten wir mit Ihnen in den Dialog treten. Wir zählen auf Ihre Bereitschaft.

Unterzeichnende Organisationen: attac Karlsruhe • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung • GEW Baden-Württemberg • Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe • International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (Deutsche Sektion) • NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit • ver.di Baden-Württemberg

SWR 26. Mai 2009: »Über 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Nationen fordern, dass am künftigen Karlsruher Institut für Technologie, KIT, ausschließlich Forschung für friedliche Zwecke betrieben werden darf. Die bestehende Zivilklausel des Forschungszentrums müsse bei dessen Fusion mit der Universität auf das gesamte KIT übertragen werden. Der vorliegende Gesetzentwurf für das KIT sieht das bislang nur für den Bereich der Großforschung vor. Die Unterzeichner des Appells, darunter der Bürgermeister der japanischen Stadt Hiroshima, warnen vor einer Vereinigung deutscher Kernenergie- und Waffenforschung unter einem Dach. Eine Zivilklausel für das KIT fordern auch Gewerkschaften, Teile des Forschungszentrums und Studierende der Universität.«

Link: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Grafik: 279

Gelesen: 114

Id:	5646
Datum:	15.Juli.2009
Titel:	Karlsruhe: Militärforschung ab jetzt vor allem in der alten badischen Hauptstadt
AutorIn:	Elsa Koester
Quelle:	junge Welt 16.7.09
Text:	<p>Aufrüstung im Inneren Immer mehr Rüstungsforschung wird an zivilen Universitäten betrieben. In Karlsruhe werden nach Maßgabe der Landesregierung vielleicht bald Atomwaffen entwickelt Von Elsa Koester</p> <p>Spätestens seit dem ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr in Jugoslawien 1999 ist der Damm gebrochen: Das deutsche Militär wird zur Auslandsarmee umgerüstet. Mit Zunahme der Auslandseinsätze in Afghanistan oder vor der Küste Somalias ändern sich die Anforderungen für die Truppe. Das hat auch eine Ausweitung der Militarisierung im Inneren zur Folge. Für »wehrrrelevante Forschung« an beinahe vierzig Hochschulen und öffentlichen Instituten gab das Bundesministerium für Verteidigung im vergangenen Jahr über 1,1 Milliarden Euro aus. Meist bleibt die Militärforschung selbst für Mitarbeiter und Studierende der betroffenen Institute verdeckt.</p> <p>In Karlsruhe flammte die Diskussion um universitäre Militärforschung während des Fusionsprozesses des Forschungszentrums Karlsruhe mit der Universität auf. Nachdem bekanntgeworden war, daß an der Uni Rüstungsforschung betrieben wird, forderte ein Bündnis aus Studierenden und Gewerkschaften eine Zivilklausel für das entstehende »Karlsruhe Institute of Technology« (KIT, jW berichtete). Rüstungs- und nukleare Forschung unter einem Dach – zumindest das sollte verhindert werden.</p> <p>Vor einigen Tagen mußten die Antimilitaristen einen Rückschlag hinnehmen. Mitte Juni wurde dem baden-württembergischen Landtag zur ersten Lesung ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der nur eine Teilzivilklausel für das Forschungszentrum enthält. An der Uni soll nach diesem Entwurf weiterhin Militärforschung betrieben werden. Am 8. Juli wurde der Entwurf Änderungen an der Teilzivilklausel vom Landtag beschlossen. Anträge der Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen, eine Zivilklausel für das gesamte KIT einzuführen, wurden abgelehnt. Der SPD-Abgeordnete Johannes Stober kritisierte, es sei angesichts der Verschmelzungsabsicht der Institute im KIT »öllig aberwitzig, daß die Zivilklausel für einen Teil gelten soll und im anderen nicht«.</p> <p>Im Vorfeld der Entscheidung hatten sich die Studierenden in einer Urabstimmung für die Zivilklausel an ihrer Universität ausgesprochen. Auch international regte sich Protest. In einem Appell an die Bundesregierung und die Landesregierung Baden-Württembergs fordern über 60 Teilnehmer der Konferenz zur nuklearen Abrüstung »NPT PrepCon« in New York die Übernahme der Zivilklausel für das gesamte KIT. Unterzeichner wie der Bürgermeister von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, befürchten vor allem die Zusammenlegung von Militär- und Nuklearforschung in Karlsruhe. Die Durchsetzbarkeit einer formalen Trennung von ziviler und militärischer Forschung an den fusionierten Instituten stellt auch die Studierendenvertretung stark in Frage: Die Teilzivilklausel »widerspricht dem Grundgedanken einer durchgängigen Verzahnung des Forschungszentrums mit der Universität«, heißt es seitens der Landes-Asten-Konferenz.</p> <p>Im baden-württembergischen Parlament hingegen herrschen ganz andere Töne. Die Diskussion um militärische Forschung nimmt hier groteske Züge an. Peter Frankenberg (CDU) hält eine Zivilklausel in einem Rechtsstaat grundsätzlich für überflüssig. Unterstützung bekam die CDU im federführenden Ausschuß für Wissenschaft und Forschung von Abgeordneten der FDP. In einem argumentatorischen Salto Mortale wurde die Orwellsche Formel »Krieg ist Frieden« neu formuliert. Unter »friedliche« sei auch »Frieden schaffend« zu verstehen. Schließlich sehe Kapitel 7 der UN-Charta vor, militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Weltfrieden auf andere</p>

Weise nicht gewahrt werden könne. Die Bundeswehr müsse für solche Einsätze gerüstet sein. Baden-Württemberg ist neben Nordrhein-Westfalen das Land, in dem am meisten für die Aufrüstung der Bundeswehr geforscht wird. Den größten Teil übernehmen dabei fünf Institute der Fraunhofer Gesellschaft, die sich zum »Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS)« zusammengeschlossen haben. Zeitgleich mit der Entstehung des KIT fusioniert in diesem Jahr das Fraunhofer Institut für und Datenverarbeitung (FhG IITB) in Karlsruhe mit dem Ettlinger Institut für Optik und Mustererkennung der Forschungsgesellschaft für angewandte Naturwissenschaften (FGAN FOM). Beide Institute erhalten von dem Verteidigungsministerium seit zehn Jahren jährliche Drittmittel in mehrfacher Millionenhöhe. Finanziert werden damit fast 200 wehrrelevante Forschungsprojekte, darunter »Neue Einsatzgebiete der Bundeswehr« oder »Zielerkennung in urbanen Szenarien«. Personell gibt es an beiden Instituten Überschneidungen mit der Universität. So ist der Direktor des Ettlinger FOM Lehrbeauftragter am Nachrichtentechnischen Institut der Uni Karlsruhe, das während der letzten drei Jahre ebenfalls für das Verteidigungsministerium forschte. 538 000 Euro Drittmittel gab es hier für das Projekt »Software Defined Radio« (SDR), bei dem es um eine neuartige Funkkommunikationstechnik für internationale Kriegseinsätze geht.

»Was wir momentan beobachten, ist der Aufbau eines zivil-militärischen Forschungskomplexes in Karlsruhe«, meint Dietrich Schulze, der für die Gewerkschaft ver.di gegen die Rüstungsforschung am KIT kämpft. Die Grenze zwischen ziviler und militärischer Forschung werde bei den stattfindenden Fusionen nicht mehr klar gezogen: »Die Vermischung folgt dem Muster einer seit Jahren bewußt betriebenen Militarisierung der Forschung«, so Schulze. Die Diskussion um einen sogenannten »Dual-Use« (Doppelnutzung) ziviler Forschungsergebnisse für das Militär weise in diese Richtung und sei Teil der Fusionsprozesse in Baden-Württemberg.

In Karlsruhe soll der Kampf gegen Rüstungsforschung trotz des Rückschlags weitergehen. Geplant ist eine Rüstungsforschungstagung im nächsten Jahr und eine stärkere Vernetzung mit antimilitaristischen Gruppen an anderen Universitäten. Schulze zeigt sich zuversichtlich: »Die haben längst nicht gewonnen. Württembergs Regierung kann sich ihrer Mehrheit im Landtag sicher sein, aber nicht des Restes der Welt. Der Widerstand wird fortgesetzt«.

Link:

Grafik:

Gelesen: 148

Id: 5275

Datum: 26.Mai.2009

Titel: Karlsruhe/KIT: Internationaler Appell fordert den Verzicht auf Militärforschung und eine Zivilklausel für das Errichtungsgesetz der neuen Forschungseinrichtung

AutorIn: Reiner Braun

Quelle: Berlin, 25. Mai 2009

Text:

Über 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Staaten haben sich mit einem Appell an Bundesregierung und Bundestag, an Landesregierung und Landtag Baden-Württemberg und an Rektor und Senat der Universität Karlsruhe gewandt, im Gesetz für das Karlsruhe Institute of Technology die einheitliche Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ zu verankern. Zu den UnterzeichnerInnen gehören Bürgermeister Tadatoshi Akiba von Hiroshima („mayors for peace“), Physiknobelpreisträger Jack Steinberger aus den Vereinigten Staaten, Bürgermeister Tain-Tsair Hsu von Tainan, der ältesten Großstadt Taiwans, und Parlamentarier aus Großbritannien, Italien und Japan. Sie alle ermutigen die Verantwortlichen, mittels Verzicht auf Militärforschung am KIT zu einer friedlicheren Welt beizutragen.

Wie Reiner Braun, International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility

(INES), mitteilt, haben sich die UnterzeichnerInnen, NGO-Vertreter zur Abrüstungskonferenz „NPT PrepCom 2009“ Anfang Mai in New York auf diesen Appell verständigt.

KIT entsteht aus der Verschmelzung der Universität mit dem Forschungszentrum Karlsruhe und soll nach dem Willen des Gesetzgebers neue Maßstäbe für Forschung, Bildung und Innovation in der Wissenschaftslandschaft setzen.

Wie im Appell wird die Forderung nach einer einheitliche Zivilklausel von ganz großen Teilen des Forschungszentrums Karlsruhe, das seit Gründung 1956 diese Klausel mit Erfolg praktiziert, von den Gewerkschaften und von den Studierenden der Universität Karlsruhe per Urabstimmung unterstützt. Überraschenderweise enthält aber der Ende März vorgelegte Anhörungsgesentwurf lediglich eine Teilzivilklausel für die Großforschung. Die Universität betreibt Rüstungsforschung und soll das auch weiter tun.

Der Einwand der Landesregierung, dass die Klausel gegen die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit verstoße, ist von dem Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger in einem Gutachten widerlegt worden. In Gegenteil, die Zivilklausel steht im Einklang mit der Friedensfinalität der Verfassung und dem gesellschaftlichen Auftrag an die Hochschulen. Die Teilklausel ist ein unauflöslicher Widerspruch zur Verschmelzungsabsicht und es sei „angesichts der globalpolitischen Entwicklungen mehr als eine rhetorische Frage, wenn angesichts der ... Teilzivilklausel und der daraus resultierenden Vermengung gefragt wird, ob sich das jemand vorstellen kann: Deutsche Nuklearforschung und Waffenforschung unter einem Dach.“ So Reiner Braun.

Das Landesgesetz soll bis Mitte des Jahres die parlamentarischen Hürden nehmen. Am 27. Mai ist eine Beratung im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mit dem zuständigen baden-württembergischen Wissenschaftsminister Frankenberg angesetzt, der am liebsten gar keine Zivilklausel möchte.

Mit KIT sollen neue Wege beschritten werden. Viele meinen, dass diese einmalige Chance für die Wahrnehmung von staatlicher Verantwortung mittels einer klaren inhaltlichen Leitlinie nicht versäumt werden sollte.

Näheres über die seit Mitte letzten Jahres von der Gewerkschaft verdi getragene Initiative für die Zivilklausel finden Sie in einer Webdokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Link:

Grafik:

Gelesen: 41

Id: 5147

Datum: 9.Mai.2009

Titel: Karlsruhe: Podiumsdiskussion Friedensfinalität der Verfassung und Zivilklauseln für Hochschulen

AutorIn: Dietrich Schulze, 8. Mai 2009

Quelle: per mail zugesandt

Text: Von Dietrich Schulze

Podiumsdiskussion im ver.di-Haus Karlsruhe - Friedensfinalität der Verfassung und Zivilklauseln für Hochschulen - Schöpferische Rückbesinnung auf eine elementare Verfassungs-Grundlage - Zivilklausel für die Universität Karlsruhe und für KIT gefordert - Staatliche Verantwortung für die Entwicklung der Wissenschaften

Der Vortrag eines Universitätsprofessors über ein verfassungsrechtliches Gutachten kombiniert mit einer Politiker-Debatte über bekannte Standpunkte zu Fragen von Rüstung und Frieden - trotz des ungewöhnlichen Podiumstitels »Darf's ein bisschen Rüstungsforschung sein oder doch lieber eine einheitliche Zivilklausel?« nicht unbedingt ein Abend, von dem Umwerfendes erwartet

werden konnte. Es kam aber anders. Dank eines kreativen Podiums, einer geschickten Moderation und eines engagierten Publikums mit mehr als 70 Anwesenden, die gemeinsam das komplexe Thema begrifflich machten und dazu noch mobilisierende Ideen entwickelten.

Fusion gemäß Landesgesetzgebung

Hintergrund des Podiums mit den regionalen Abgeordneten MdB Karin Binder (DIE LINKE.), MdB Sylvia Kottling-Uhl (B90 / GRÜNE), MdL Johannes Stober (SPD) und Prof. Erhard Denninger, Verfassungsrechtler von der Uni Frankfurt/M. unter Moderation von Mathias Zurawski (SWR4), ist die Absicht der völligen Verschmelzung des Forschungszentrums Karlsruhe (früher Kernforschungszentrum) mit der Universität Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT für die Aufgaben Forschung, Lehre und Innovation. Die KIT-Gründung soll im Sommer mit einem baden-württembergischen Landesgesetz besiegelt werden. Für das Forschungs-Zentrum gilt von Beginn an ein Militärforschungsverbot in Form der sog. Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Die Universität, die nachweislich Militärforschung betreibt, soll das auch künftig tun. Obwohl mit KIT ein öffentlich finanzierter Rechtskörper gebildet werden soll, sieht der Ende März vorgelegte Anhörungsentwurf zum KIT-Gesetz eine geteilte Zivilklausel vor. Das steht in völligem Widersinn zur Verschmelzung, die eine einheitliche Regelung zwingend nach sich zieht, so jedenfalls die Überzeugung der Gewerkschaften ver.di und GEW und aller PodiumsteilnehmerInnen. Die Argumente der Landesregierung für die Aufteilung der Zivilklausel sind widersprüchlich. Ihr juristisches Argument lautet: Eine Zivilklausel, die Militär-Forschung ausschließt, verstoße gegen den Verfassungsgrundsatz der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG). Dazu hat Prof. Denninger ein Gutachten vorgelegt.

Gegenteil von „trockenem Gutachten“

Wer nun eine trockene Vorlesung zu einer komplizierten Rechtsmaterie erwartet hatte, sah sich angenehm überrascht von Prof. Denninger's Rückbesinnung auf die politischen Säulen des Grundgesetzes „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.“ Er prägte dafür den innovativen Begriff der „Friedensfinalität“.

Friedensfinalität der Verfassung

Diese sei nicht irgendetwas partielle Tendenz, sondern ein grundlegendes konstitutives Verfassungs-Element, dem die Wissenschafts-Freiheit Rechnung tragen müsse. Demzufolge sei eine Zivilklausel verfassungsgemäß. Unter ausführlichem Bezug auf die Rechtsprechung führte er ein Grundsatzurteil von 1973 an, in dem nicht von der unbegrenzten Freiheit, sondern von der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Bildungspolitik gesprochen wird, die auch für Wissenschaft und Forschung gelte.

Auslegungskompetenz für Zivilklausel

Gleichwohl würden bezüglich der Begriffsbestimmung „friedliche Zwecke“ Auslegungsspielräume verbleiben, die für strittige Forschungsvorhaben nach gründlicher Hochschuldiskussion von einem wissenschaftsnahen Gremium wie dem Senat verbindlich ausgefüllt werden müssen. Dass es sich hier von der Sache her um keine prinzipielle Problematik handelt, wird mit der jahrzehntelangen erfolgreichen Praxis des Forschungszentrums belegt. Dazu wurde ein Beispiel vorgetragen. Ein an das Zentrum herangetragen Technologieprojekt zur Landminenzerstörung wurde dort nach reiflicher Diskussion abgelehnt, weil der Nutzen für die Zivilbevölkerung vom Nutzen für Besatzungstruppen nicht getrennt werden konnte (dual-use).

Forschungsziele: abwägende Diskussion und Mitbestimmung

Ohne die im Forschungszentrum praktizierte wissenschaftliche Mitbestimmung und die damit zusammenhängende selbstbewusste Diskussionskultur über die Forschungsziele und ohne eine ganz überwiegende Grundfinanzierung wäre die Entscheidung vermutlich anders ausgefallen. Sowohl die weitgehende Streichung der Mitbestimmungsrechte im Gesetzentwurf als auch die enorm angewachsene Drittmittelfinanzierung an der Uni stieß auf entschiedene Ablehnung im gesamten Podium. Große Einmütigkeit bestand darin, dass über Forschungsziele und strittige Projekte unter Einschluss der Studierenden hochschulweit abwägend diskutiert werden müsse, statt diese von der Leitung zu bestimmen.

„Militärisches ist rückwärts gewandt.“

Dabei vermutete der Verfassungsrechtler eine größere Bandbreite an strittigen zivilmilitärischen Fällen (dual-use), während anwesende Parlamentarier angesichts der globalpolitischen

Entwicklungen soweit gingen, Militärisches grundsätzlich als rückwärts gewandt einzustufen.

Einheitliche Zivilklausel ins KIT-Gesetz

Alle Parlamentarier werden sich dafür einsetzen, dass eine einheitliche Zivilklausel in das KIT-Gesetz aufgenommen wird. Abgeordnete der beiden die Landesregierung bildenden Parteien waren leider nicht erschienen.

Tarifvertraglicher Schutz der Gewissensfreiheit

Auf eine Nachfrage aus dem Publikum zum Thema Kriegsdienstverweigerer antwortete ein ver.di-Vertreter, dass im Rahmen der Verhandlungen eines Tarifvertrags diesbezügliche Regelungen vereinbart werden sollen. Diese werde auch deshalb gebraucht, weil die vom KIT-Senat getroffene Auslegung des „friedlichen Zwecks“ bzw. eines strittigen dual-use-Projekts konträr zur Gewissensentscheidung eines Beschäftigten ausfallen könne. In diesem Fall muss der/die Beschäftigte in einer öffentlich-rechtlichen Institution in Wahrnehmung seines Grundrechts auf Gewissensfreiheit die Teilnahme an dem Vorhaben verweigern können, ohne dass er/sie befürchten müsse, den Arbeitsplatz zu verlieren oder sonst benachteiligt zu werden.

Urabstimmung zur Zivilklausel

Die einheitliche Zivilklausel für das KIT-Gesetz und die Auslegungskompetenz des Senats in strittigen Fällen waren Ende Januar in Form einer Urabstimmung unter den 18.000 Studierenden jeweils mit klaren Mehrheiten gefordert worden. In der Diskussion wurde der gewerkschaftlichen Studierendengruppe Karlsruhe GSKa großer Dank zugesprochen, dafür die Initiative ergriffen und einfallsreich geworben zu haben.

Wiederherstellung der verfassten Studierendenschaft

Inzwischen gibt es eine weiter gehende Forderung zugunsten der Studierenden, die bereits im Februar vom Senat der Universität an die Landesregierung herangetragen wurde. Wie der Außenreferent des UStA (Unabhängiger Studierenden-Ausschuss) in der Diskussion berichtete, wird für das KIT die Wiederherstellung der Verfassten Studierendenschaft gefordert. Die Nichtanwendung des Landeshochschulgesetzes ist hier zulässig. Zur Erinnerung: Die Verfassten Studierendenschaft wurden 1977 von Ministerpräsident Hans Filbinger abgeschafft. Die Studierendenschaft verlor damit die Finanz- und Satzungsautonomie. Filbinger verbot ihr, sich politisch zu äußern. Die Studierenden akzeptierten den Maulkorb nicht und bildeten an vielen Hochschulen in Baden-Württemberg unabhängige Studierendenvertretungen. An der Uni Karlsruhe ist dies der UStA.

Ein folgenreicher Diskussionsbeitrag

Ein Diskussionsbeitrag öffnete eine völlig neue Dimension zur strittigen Frage „einheitliche Zivilklausel“ und zu den widersprüchlichen Positionen der Landesregierung. Danach habe Prof. Horst Hippler, der Rektor der Universität, in einer Senatssitzung im Dezember erklärt, dass das KIT später in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft überführt werden soll, „ohne staatliche Einrichtung zu sein“. Hieran schloss sich eine intensive Diskussion über bereits vollzogene Privatisierungsschritte und die mögliche Reichweite weiterer Schritte an. Stichworte: Leitbild unternehmerische Hochschule, fortgesetzte Mittelumichtung nach Auslauf der Exzellenzförderung, Drittmittel-/Gundfinanzierung-/Spitzenforschung, Private Elite-Universität, MIT als Vorbild, Entstaatlichung.

Staatliche Verantwortung statt Privatisierung

Das schien auf den ersten Blick nicht viel mit der Zivilklausel zu tun zu haben. Prof. Denninger wies das Gegenteil nach. In der Festlegung einer Zivilklausel liege „die staatliche Verantwortung für die Entwicklung der Wissenschaft.“ Wer möglichst viel Privatisierung und Rückzug des Staates aus der Verantwortung wolle, müsse eine solche Festlegung unbedingt vermeiden. Mit diesem nirgendwo offiziell geäußerten Argument können aber eine ganze Reihe von Widersprüchen in den Positionen der Landesregierung erklärt werden, die in einem ver.di-Eingangsbeitrag anhand von Folien mit Zitaten vorgetragen wurden.

Nur ein Beispiel: Aus dem Hause Prof. Peter Frankenberg, des für die Gesetzgebung zuständigen Wissenschaftsministers, wurde in einer Informationsveranstaltung im Forschungszentrum am 28. April in der Diskussion über den Widerspruch zwischen Verschmelzung und geteilter Zivilklausel von einem Abteilungsleiter folgendes geäußert. Er stehe voll hinter seinem Minister, der sich zu dieser Frage schon geäußert habe. Auch die Uni forsche für friedliche Zwecke, weil die Bundeswehr friedliche Zwecke verfolge. Danach könnte er doch die Zivilklausel für die Uni und

das gesamte KIT befürworten, weil der so interpretierte „friedliche Zweck“ keinerlei Einschränkungen für die Forschungsthemen bedeuten würde. Der Minister allerdings erklärte auf der Landespressekonferenz am 31. März sein Bedauern, dass die Zivilklausel im Großforschungsbereich aufgrund der Intervention der Bundesseite erhalten bleibe. Sein expliziter Wunsch sei es, militärische Forschung betreiben zu können.

Mit dem zuvor erklärten übergeordneten Grund, der geplanten Perspektive Entstaatlichung, kann der Widerspruch aufgelöst werden.

Die Zustimmung zur einheitlichen KIT-Zivilklausel ist demnach ein doppelter Prüfstein a) für die Anerkennung der Friedensfinalität und b) gegen eine geplante Entstaatlichung. Dieser zweite Prüfstein hat einen eher noch umfassenderen grundsätzlichen Charakter. Die mögliche Entstaatlichung des KIT muss sehr Ernst genommen und verhindert werden.

Zeitplan Parlamentsanhörung

- Anhörungsfrist Verbände 8. Mai
- Minister Frankenberg im Bundesforschungsausschuss am 27. Mai
- 1. Lesung Landtag Juni (vermutlich)
- 2. Lesung Landtag Juli (vermutlich)

Webdokumentation

Die benannten Folien des Eingangsbeitrags und wichtige öffentlich zugängliche Dokumente über die Kampagne für eine KIT-Zivilklausel werden fortlaufend aktualisiert und können hier www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf nachgelesen werden.

Link: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Grafik:

Gelesen: 112

Id: 5083

Datum: 28.April.2009

Titel: Karlsruher Institut für Technologie KIT - „AUTORITÄR – MILITÄR – ELITÄR“ - Gewerkschaften und Studierende üben massive Kritik am Gesetzentwurf

AutorIn: ver.di

Quelle: PM, Karlsruhe, 28. April 2009

Text: Die Landesregierung Baden-Württemberg hat Ende März den Anhörungsentwurf zum Gründungsgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) vorgelegt. Nach Auffassung der Gewerkschaften und der Studierende würde damit ein unzumutbarer Umbau der Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe nach Maßgaben von Politik und Wirtschaft eingeleitet. Demokratie, Mitbestimmung und Zivilorientierung blieben auf der Strecke. Die Gewerkschaften ver.di und GEW erklären, dass Militärforschung am KIT nichts zu suchen habe. „Wenn das so beschlossen würde, hätte das mit vielen Vorschuss-Lorbeeren bedachte KIT die drei Markenzeichen ‚Autoritär, Militär, Elitär‘ verdient“, sagt Dietrich Schulze von der ver.di-Initiative für eine Zivilklausel am KIT.

Nach dem Gesetzentwurf kann der KIT-Partner Universität sein Militärforschungsprogramm ungehindert fortsetzen, aber die ausschließliche Zivilorientierung des KIT-Partners Forschungszentrum kommt unter zweifachen Druck. Zum einen gibt es keine Ausschließlichkeit mehr. Zum anderen bedeutet die Vermischung von zivilen und militärischen Zwecken de facto die Abschaffung der verbliebenen Zivilorientierung. Minister Frankenberg hat selbst dieses Feigenlatt bedauert und möchte völlige Freiheit für Militärforschung von Anfang an.

Früher hatte der Minister behauptet, dass eine Zivilklausel wegen der Wissenschaftsfreiheit gegen die Verfassung verstoßen würde. Das hat der Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger (em. Prof. Uni Frankfurt) mit einem Gutachten widerlegt. Im Gegenteil, die von den Gewerkschaften geforderte einheitliche Zivilklausel steht im Einklang mit der Friedensfinalität des Grundgesetzes.

	<p>Auch die Studierenden der Universität haben die Forderung nach einer einheitlichen Zivilklausel in einer bundesweit einmaligen Urabstimmung beschlossen und richten diese mit Unterstützung der Landes-ASten-Konferenz als zentrale Forderung an den Minister.</p> <p>Die wissenschaftliche wie die betriebliche Mitbestimmung und die demokratische Mitgestaltung, nicht zuletzt für die mit Abstand größte Gruppe, die 20.000 Studierenden, verschlechtern sich massiv. Bei der KIT-Gründungsfeier hatten Ministerin Schavan und Minister Frankenberg ihr Wort gegeben, dass sich die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten nicht verschlechtern würden. Mit dem Gesetzentwurf wird dieses Wort gebrochen. Bei den Studierenden wird inzwischen für das KIT die Forderung nach Wiederherstellung der abgeschafften studentischen Selbstverwaltung des AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) erhoben.</p> <p>Die parlamentarische Anhörung zum Gesetzentwurf soll im Landtag bereits am 8. Mai abgeschlossen werden. ver.di lädt für 4. Mai 2009, 19.00 Uhr, ins ver.di-Haus zu einer Podiumsdiskussion mit Abgeordneten ein zum Thema „Darf’s ein bisschen Rüstungs-forschung sein oder doch lieber eine einheitliche Zivilklausel?“. Prof. Denninger wird bei dieser Veranstaltung das o.g. Gutachten vorstellen. Auf dem Podium diskutieren Karin Binder MdB, Die Linke; Sylvia Kötting-Uhl MdB, Bündnis 90 / Die Grünen; Johannes Stober MdL, SPD; N.N. CDU (angefragt). Moderation: Matthias Zurawski, SWR.</p>
Link:	
Grafik:	
Gelesen:	168

Id:	5077
Datum:	27.April.2009
Titel:	Ettlingen: Bekämpfung des Feinds im Innern und Außen. Konferenz zur Waffenoptimierung - 11-13.5.09
AutorIn:	Güde, Fritz
Quelle:	KONKRET; Ausgabe 5/09 Artikel Flash&Bang/Peer Heinelt/ S.28/29
Text:	<p>Humnität und Caritas haben gesiegt. Bullen und Scharfschützen suchen gemeinsam NLW. NLW= nichtletale Wirkmittel. Immer noch zu zart verhüllt im Ausdruck? Also Suche nach allem, was Dich flachlegt - und wo Du danach nicht im Sarg aufwachst, sondern auf der Intensivstation. Und wie Schäuble schon immer befand: es herrscht sowieso immer Krieg. Ob Innen oder Außen, wen kümmerts? In KONKRET 5/09 gibt Peer Heinelt jetzt schon zum besten, was in Ettlingen zwischen dem 13.-und 15.Mai aufgetischt werden wird.</p> <p>Wolf aus Schneizreuth von der “Wehrtechnischen Dienststelle für Schutz- und Sondertechnik WTD 52” erklärt genüsslich die neuesten Taser. “Der Begriff bezeichnet eine Elektro-Schock-Pistole, die mit Widerhaken versehene Pfeile verschießt”, (Peer Heinelt) Stromschläge bis 50000 Volt möglich. Laut Hersteller danach ein paar Sekunden Totallähmung.</p> <p>Amnesty hat für die USA für die Zeit 2001-2005 74 Fälle von nachträglichem Ableben berichtet. Für das Jahr 2005 allein werden 61 Fälle endgültig erlegter Passanten gemeldet.</p> <p>Firma Diehl wird -immer laut Heinelt- eine Zweitbewaffnung für die Panzerwaffe anbieten: verschießen gern Splitter- und zugleich Nebelgranaten.</p> <p>Unverächtlich die neuen Mikrowellenwaffen, eine Spezialität von Diehl und Rheimetall. Der Beschuss legt unverzüglich die ganze Elektronik der Gegenseite lahm- und damit anfahrende Feindfahrzeuge.</p> <p>Anzuwenden aber auch gegen andringende Menschenmengen zu Fuß- in Krieg und Frieden. Da ergibt sich der Effekt in Form roter Flecken auf der Haut, die höllisch brennen.</p> <p>Ein Wohltäter der Fraunhofergesellschaft mahnt, den gleichen Beschuss auf bloße Haut nicht zu schnell zu wiederholen. Es könnte sonst über den Knochen an der Stelle gar nichts mehr übrig</p>

bleiben. Beigesteuert hat dieses Institut auch einen Taser, der es ohne Drähte schafft. Stromleitend auf Flüssigkeitsbasis.
Gerade die Fraunhofergesellschaft wuchert bei uns in Baden-Württemberg mit Ablegern in Freiburg, Karlsruhe und Pfinztal.
Vorweggenommenes Ergebnis der fruchtbaren Tagung:” Sogenannte nichtletale Waffen sind klassische “dual-use”-Produkte., ob sie nun von Polizisten oder Militärs eingesetzt werden und ob dies im In- oder Ausland geschieht, ist letztlich unerheblich. Was zählt, ist einzig der gute Zweck- die Sicherung des “westlichen Lebensstils”, wie Forschungsministerin Schavan erschöpfend formulierte”(Peer Heinelt).
Bleibt zu hoffen, dass einige Humanisten und Überlebensfreunde sich zur gegebenen Zeit in Ettlingen zum Empfang ihrer Wohltäter einfinden.
Ausführlich dazu: Flash&Bang/Peer Heinelt/ KONKRET s.28/29

Link: www.konkret-verlage.de/kvv/kvv.php

Grafik:

Gelesen: 79

Id: 4981

Datum: 10.April.2009

Titel: ver.di fordert einheitliche Zivilklausel für KIT! Podiumsdiskussion am 4. Mai

AutorIn: ver.di

Quelle: per mail, 9.4.09

Text: ver.di fordert einheitliche Zivilklausel für KIT! Exzellente Wissenschaft braucht exzellente Mitbestimmung! Podiumsdiskussion am 4. Mai.
Das strikte Gebot der ausschließlichen Zivilorientierung des Forschungszentrums Karlsruhe soll beim Zusammenschluss mit der Universität Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) aufgeweicht und ausgehöhlt werden. Das geht aus dem von der Landesregierung Baden-Württemberg Ende März vorgelegte Anhörungsentwurf zum KIT-Gründungsgesetz hervor.
Für das Forschungszentrum gilt eine Zivilklausel („Die Gesellschaft dient nur friedlichen Zwecken.“). Unter Streichung des Beiworts „nur“ soll die Bestimmung „Forschung und Entwicklung für friedliche Zwecke“ künftig ausschließlich für den als Forschungszentrum dazu kommenden Teil des KIT gelten.
Trotz der Absicht, beide Institutionen vollständig zu verschmelzen, soll am universitären Teil weiter Militärforschung betrieben werden. Mit dieser Aufteilung und Aufweichung werden Grauzonen der zivil-militärischen Vermengung vorprogrammiert. Die Klausel kann auf vielfältige Weise unterlaufen werden und wird damit de facto gänzlich abgeschafft. Gegen eine derart aufgeteilte Klausel haben die Gewerkschaften bereits im Vorfeld protestiert, eine einheitlich für das KIT geltende Zivilklausel gefordert und per Gutachten untermauert. Auch die Studierenden hatten sich im Januar per Urabstimmung für eine einheitliche Zivilklausel am gesamten KIT ausgesprochen.
Die Gewerkschaft übt massive Kritik auch daran, dass wesentliche Mitbestimmungsrechte gemäß Betriebsverfassung, die wissenschaftliche Mitbestimmung im Senat und die Unternehmensmitbestimmung im Aufsichtsrat, abgeschafft bzw. empfindlich reduziert werden sollen, trotz gegenteiliger Zusage bei der KIT-Gründungsfeier.
Die Gewerkschaften fordern den baden-württembergischen Wissenschaftsminister Peter Frankenberg auf, die militärische Forschung am KIT zu stoppen, die Bestimmung „Das KIT dient nur friedlichen Zwecken.“ in das Gesetz aufzunehmen und eine wirksame Kontrolle des KIT durch gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrechte sicherzustellen, die nicht hinter die Regelungen des Forschungszentrums zurückgehen. Dazu gehört eine verbesserte Mitsprache der

	<p>Studierenden.</p> <p>Damit die Interessen der Beschäftigten und der Öffentlichkeit nicht auf der Strecke bleiben, ist zum einen Mitbestimmung notwendig, so Alexander Schoch von ver.di. Die gespaltene Zivilklausel, so Schoch weiter, ist ein Feigenblatt, mit der der Kurs der Landesregierung auf Militarisierung der öffentlichen Forschung kaschiert werden soll. Rüstungsforschung, zumeist in verdeckter Form, läuft an der Universität Karlsruhe schon seit längerer Zeit.</p> <p>In Vorfeld der Landtagsanhörung zum Gesetzentwurf lädt ver.di für 4. Mai 2009, 19.00 Uhr, ins ver.di-Haus zu einer Podiumsdiskussion mit Abgeordneten ein zum Thema „Darf’s ein bisschen Rüstungsforschung sein oder doch lieber eine einheitliche Zivilklausel?“. Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger (em. Prof. Uni Frankfurt) wird bei dieser Veranstaltung das o.g. Gutachten vorstellen. Auf dem Podium diskutieren Johannes Stober MdL, SPD; Sylvia Kotting-Uhl MdB, Bündnis 90 / Die Grünen; Karin Binder MdB, Die Linke; N.N. CDU (angefragt)</p> <p>Moderation: Matthias Zurawski, SWR</p>
Link:	
Grafik:	
Gelesen:	63

Id:	4834
Datum:	22.März.2009
Titel:	Weg mit der Militärforschung in Karlsruhe und anderswo
AutorIn:	NATURWISSENSCHAFTLERINNEN-Initiative für VERANTWORTUNG für Frieden und Zukunftsfähigkeit
Quelle:	PM
Text:	<p>Appell: Beispiel schaffen: Zivilklausel für Universität Karlsruhe und KIT. Auf Militärforschung an Universitäten und Fachhochschulen verzichten. Zivilklausel durchsetzen.</p> <p>Die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe werden zum Karlsruhe Institute of Technology KIT zusammengelegt. In das KIT soll nach dem Wunsch des Partners Forschungszentrum dessen Zivilklausel „Die Einrichtung verfolgt nur friedliche Zwecke.“ übernommen werden. WissenschaftlerInnen, Abgeordnete, die Gewerkschaften ver.di und GEW, die Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe und viele mehr setzen sich dafür ein. Die Studierenden der Universität Karlsruhe haben in einer Urabstimmung im Januar gefordert, die Klausel in das KIT-Gesetz aufzunehmen. Als Konsequenz daraus ist das laufende Militärforschungsprogramm der Universität zu beenden.</p> <p>Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative appelliert an die für das Gesetzgebungsverfahren zuständige Landesregierung Baden-Württemberg und an die Bundesregierung, die Chance der Neuordnung zu nutzen und mittels Übernahme der Zivilklausel am gesamten KIT auf militärische und zivilmilitärische Forschung zu verzichten. Das entspricht ebenso den globalen Herausforderungen wie der „Friedens-Finalität“ des Grundgesetzes. Dass diese Verfassungsnorm insbesondere für öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen Gültigkeit besitzt, ist durch ein im Februar von Prof. Erhard Denninger vorgelegtes Rechtsgutachten bekräftigt worden.</p> <p>Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative appelliert an die Studierenden und WissenschaftlerInnen in den Universitäten und Fachhochschulen, die gelegentlich im Verborgenen etablierte Forschung und Zuarbeit für militärische Zwecke zu thematisieren und die Forderung nach einer Zivilklausel aufzugreifen. Wir gehen davon aus, dass alle am Frieden interessierte Organisationen und Initiativen, insbesondere die Gewerkschaften, Kirchen und Friedensgruppen, diese Aktivitäten tatkräftig unterstützen. Die zuständigen Hochschulgremien bitten wir, ggf. unter Rückbesinnung auf frühere Beschlüsse, sich die von Karlsruhe ausgehende Debatte als Beispiel zu nehmen und Zivilklauseln verbindlich zu beschließen. Die jeweiligen Landesregierungen und</p>

	Landesparlamente ebenso wie Bundesregierung und Bundestag sollten derartige Initiativen fördern.
Link:	www.natwiss.de
Grafik:	
Gelesen:	71

Id:	4630
Datum:	19.Februar.2009
Titel:	Freiburg: Anti-NATO Auftaktdemo am 30.03 - "Make Militarism History"
AutorIn:	Aktionsbündnis 30.03.
Quelle:	indymedia linksunten

	<p>Das Aktionsbündnis 30.03. mobilisiert für den 30. März zu einer Demonstration unter dem Motto: Make Militarism History! in Freiburg. Die Demo beginnt um 18 Uhr am Bertoldsbrunnen und richtet sich gegen den kommenden NATO-Gipfel, die Koordinierung des Polizeieinsatzes von Freiburg aus und die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik. Die unangemeldete Demonstration soll laut Aufruf einen Auftakt in der Gipfelwoche und einen Warmlauf für die kommenden Aktionen, Blockaden und Demos in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg bilden. Im folgenden wird der Aufruf des Aktionsbündnisses 30.03. dokumentiert. Mehr und Aktuelle Infos und Materialien gibts beim Aktionsbündnis 30.03. (Kontakt: 3003 (at) riseup.net PGP-Key).</p> <p>Demonstration gegen den NATO-Gipfel und seine HandlangerInnen</p> <p>Am 30. März rufen wir um 18 Uhr zu einer Demonstration gegen den kommenden NATO-Gipfel und die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik auf.</p> <p><i>... dann kommt der Krieg zu dir</i></p> <p>Im kommenden Frühjahr wird die Rheinebene Schauplatz einer antimilitaristischen Großmobilisierung gegen den 60. Geburtstag des Kriegsbündnisses NATO in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl sein. Der 60. Geburtstag der NATO ist für uns kein Grund zum feiern. Friedenserzwingende Missionen legitimieren weltweite Einsätze, die den Menschen Zerstörung und Krieg statt Frieden und Sicherheit bringen. Wir rufen dazu auf, diesen Gipfel platzen zu lassen und protestieren gegen Aufrüstung und die verlogene „Sicherheitspolitik“ der NATO. Die Mitgliedstaaten der expandierenden Militärorganisation entwickeln sich immer weiter weg von demokratischen und freiheitlichen Gedanken. Vielmehr setzt die Mitgliedschaft des bald aus 28 Staaten bestehenden Bündnisses einen Ausbau polizeilicher Kapazitäten und „Antiterrormaßnahmen“ voraus. Die Entwicklungen bezüglich der Sicherheitspolitik, die unter anderem eine Vermischung der Zuständigkeiten von diversen Behörden und Repressionsorganen vorsieht und mit der zunehmenden Überwachung und dem Abbau von Freiheitsrechten und Datenschutz einhergehen, sehen wir in engem Zusammenhang mit der Kriminalisierung des linken Widerstandes.</p> <p>Von Freiburg aus soll der Einsatz der deutschen PolizistInnen gegen die zu erwartenden GipfelgegnerInnen geleitet werden. Baden-Württembergs Innenminister Rech mobilisiert derzeit zusätzliche Haft- und UntersuchungsrichterInnen für Schnellverfahren, Metallkäfige für die Einsperrung sogenannter StörerInnen, sowie “besseres Pfefferspray” und neue Schlagwaffen für die Polizei. In Zeiten des intensiven Ausbaus technischer und demonstrationsrechtlicher Kompetenzen seitens der Behörden befürchten wir weitere Repression gegen Projekte, Gruppen und Einzelpersonen.</p> <p>Wir werden jedoch gemeinsam, solidarisch und kraftvoll auftreten, um bereits im Vorfeld des 60. NATO-Gipfels ein starkes antimilitaristisches Signal zu setzen. Weder die NATO noch ihre Freunde und Helfer sind bei uns willkommen!</p>
Text:	

Keine NATO, keinen Krieg!

Die NATO steht für ein aggressives Militärbündnis welches weltweit für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen agiert. Sie ist für uns Synonym für Propaganda, Krieg und Zerstörung, nicht für sogenannte Friedenseinsätze und Sicherheitspolitik. Vielmehr ist das Bündnis, dessen Zielsetzung, nämlich das Einmachen des sowjetischen Staatskapitalismus, spätestens seit 1990 erreicht ist, zu einem weiter wachsenden, flexiblen Militär-Elite-Netzwerk geworden. Die NATO beteiligt sich offensiv an der öffentlichen und privaten Organisation der westlichen Grenzpolitik. Sie ist Teil einer komplexen Sicherheitsarchitektur des gesamten Nordatlantikraumes, der in erster Linie weniger Freiheit mit sich bringt. Die NATO definiert ihre Ziele seit dem Ende des Kalten Krieges neu: Wachstum und Einflussnahme, mit Vorliebe 'gen Osten und in ressourcenreiche Regionen hinein.

Massiv beteiligt sich die NATO ebenfalls an einem globalen, rassistischen, am Profit orientierten "Migrations-Management", dass eine Voraussetzung für die kriegerische Expansion des Westens darzustellen scheint. Die Bundeswehr ist seit den 50er Jahren massiv in die NATO eingebunden. Sogar die beiden NS-Militärs Adolf Heusinger und Johannes Steinhoff durften dem Kriegsbündnis als Vorsitzende des NATO-Militärausschusses dienen. Seit den 1990er Jahren beteiligt sich die Bundeswehr auch wieder aktiv an militärischen Einsätzen für den „Nord-Atlantischen Frieden“.

Wenn einmal der internationale Konsens im Bündnis versagt, findet sich innerhalb der NATO zur Not immer noch eine "Koalition der Willigen", um mit der internationalen High-Tech Militärforschung für eigene Interessen ins Feld zu ziehen. In allen Fällen geht es offensichtlich um die langfristige Absicherung von Ressourcen, den Schutz kapitalistischer Strukturen und die Erschließung neuer Märkte.

Der Ausbau im Bereich „Innere Sicherheit“ wird von den führenden NATO-PolitikerInnen als Grundvoraussetzung für eine effektive Kriegsführung im Äußeren gesehen. Zugleich fordern die InnenpolitikerInnen einen Ausbau der äußeren "Sicherheit". Durch ihr gegenseitiges Triezen entsteht eine Dynamik der kontinuierlichen Aufrüstung beider Hauptbereiche der staatlichen Ordnungsmacht. Das aufstrebende Neumitglied Rumänien, welches 2008 Gastgeber des NATO-Gipfels in Bukarest war, stellte den einigen hundert DemonstrantInnen über 30.000 PolizistInnen und schweres Gerät gegenüber und ließ das Convergence-Center stürmen, um eine Störung des Gipfeltreffens zu verhindern. Wie bei so vielen Gipfelprotesten der globalisierungskritischen und antimilitaristischen Bewegungen zuvor, starb auch in Bukarest eine Protestierende, die von einem Konvoi der NATO-Delegierten erfasst und anschliessend nicht ärztlich versorgt wurde.

Politische Aktivität ist in sämtlichen NATO-Mitgliedsstaaten einhergehend mit wachsender polizeilicher Repression. Doch auch die Militärs zeigen immer mehr Präsenz. Was in Frankreich an sichtbarem Militär durch die Anti-Terrorgesetze seit Mitte der Neunziger üblich geworden ist, überrascht doch noch so manchen Reisenden in Bahnhöfen wie Müllheim, Villingen-Schwenningen oder Heidelberg. Die ehemaligen GIs haben NATO-Jacken angezogen und intervenieren gemeinsam mit der Bundeswehr. Durch die Reform der deutsch-französischen Brigaden könnten bald auch im Alsace, vermutlich in Colmar, wieder deutsche Soldaten stationiert sein.

In Zeiten globaler Kriegsführung gilt es die Debatte für eine konsequente Abrüstung auf allen Ebenen erneut zu stärken. In der linken Bewegung hat die NATO in Folge der Aufrüstung, der Stationierung von "Abwehrraketen" und Atomwaffen, sowie dem Ausbau des politischen Einflusses, ihren inneren Feind gefunden. Durch anhaltende Expansionspolitik und neue Angriffskriege in den 90ern und danach, wurde das Verständnis "defensiver Friedenspolitik" des Nord-Atlantik-Bündnisses nur noch klarer. Angriffskriege statt Abrüstung lautet die Losung. Unser Protest reiht sich in die Kämpfe gegen die militärische Supermacht, die sich die Welt teilen und den Markt freibomben will. An diese Politik werden wir niemals glauben. Wir brauchen eine solidarische Widerstandspraxis. Die NATO muss endlich den Abgang machen!

Freiburg wird zur Polizeiburg

Die Freiburger Stadtvorsitzenden begrüßen den Entscheid des Innenministeriums Freiburg ab Ende März mal wieder zur Grünen Polizeiburg werden zu lassen. „Egal wer kommt, wir werden gute Gastgeber sein“ sagte OB Neideck Ende 2008 zu der Stationierung mehrerer tausend PolizistInnen und sprach sich für logistische Hilfe aus.

Bereits im Oktober 2006 kamen die führenden NATO-Generäle für eine "streng geheime Tagung" unter massivem Polizei- und Militärpolizeischutz nach Freiburg. Die Blitzaktion, von der sogar die Verwaltung nichts gewusst will, löste rege Diskussionen aus, das Rathaus gab sich entrüstet. Anfragen wurden anschließend vom Tisch gefegt, der Oberbürgermeister „Mayor for Peace“ Salomon tat pazifistisch-betroffen. Drei Jahre später kommt wie selbstverständlich ein immenses Aufgebot an Sicherheitskräften zum Schutz des NATO-Gipfels nach Freiburg. Vermutlich wird ein Teil der Einsatzkräfte in der Polizeiakademie unterkommen, der Einsatz wird vom Regierungspräsidium aus geleitet. Auf einen offenen Brief der Grünen Alternativen an Oberbürgermeister Salomon bezüglich der antimilitaristischen Wurzeln der Bündnis'90/Grünen und einer logistischen Unterstützung für die GipfelgegnerInnen gab es keine Reaktion. Selbst wenn die offiziellen Stellen dem kommenden Sicherheitsspektakel weitgehend kritiklos und kollaborationsbereit gegenüber stehen; von links organisiert sich Widerstand gegen die NATO und ihre Freunde und Helfer. Schon im November 2008 verhinderten linke StudentInnen einen Vortrag zu Berufschancen bei der NATO. Mehrere der „Berufe in Uniform“ - Rekrutierungsveranstaltungen an der Arbeitsagentur wurden von Protest begleitet. Immer wieder gibt es Aktionen gegen den Rüstungskonzern LITEF.

Im Vorfeld des Gipfels werden wir gegen die Sicherheitsbehörden und Kriegspolitik aktiv werden und dies durch Aktionstage und eine Demonstration sichtbar machen. Wir wollen eine konsequente Abrüstung in allen Bereichen!

Wir sind nicht der Meinung das das geplante Großaufgebot an Polizei aus Baden-Württemberg und darüber hinaus zu einer deeskalierenden Stimmung beitragen wird. Die konservative Landesregierung will die Polizei- und Versammlungsgesetze verschärfen und ihre repressiven Kompetenzen weiter ausbauen. Die Tradition Freiburg zu einer grünen Polizeiburg zu machen und sämtliche Demos mit Großaufmärschen der Polizei zu begleiten hängt uns zum Hals raus. *Tür und Tor offen für den Widerstand!*

Wir wollen einen Gegenpol zur herrschenden "Sicherheitspolitik" bilden und diejenigen in der Region willkommen heißen, die mit uns zusammen den NATO-Gipfel behindern, blockieren, dagegen demonstrieren und auf dem Gegengipfel diskutieren wollen. Das Freiburger Convergence Center wird am 25. März eröffnet. Antimilitaristische Aktionen sollen zum Widerstand mobilisieren und die Demonstration am 30. März wird den Auftakt der Gipfel-Woche bilden. Auch im Vorfeld der Feierlichkeiten werden wir angesichts der Provokation dieses KriegstreiberInnentreffens kraftvoll gegen die NATO, die Rüstungsforschung an der Uni, die Rüstungsindustrie an der Lörracherstraße und den "größten Polizeieinsatz" der baden-württembergischen Geschichte protestieren. Freiburg bildet als Universitätsstadt ein vorzügliches Beispiel der Verstrickung von Wissenschaft und (Kriegs-)Wirtschaft. So unterstützte das Rüstungsunternehmen LITEF der Northrop-Grumman Group über Jahre das Büro der Gleichstellungsbeauftragten an der Albert-Ludwigs-Universität. Nicht nur sitzen mitunter an Rüstung beteiligte Konzerne im Aufsichtsrat der Uni; auch die Institute für Kurzzeitdynamik und Festkörperphysik, als teils militärisch abgesichertes Uni-Gelände, sind am kriegerischen "Fortschritt" beteiligt. Im Freiburger Umland finden sich Versuchssprengplätze auf universitärem Boden...

Regional ließe sich mit KriegswirtschaftlerInnen wie Heckler und Koch - die 2009 auch ihren 60sten feiern wollen - oder Daimler eine gehörige Liste derer erstellen, die sich im Herzen des Westens als Profiteure des Krieges wissen: Der Südwesten bildet das Rückgrat der deutschen Kriegswissenschaft und -Wirtschaft, und stellt somit besonders für das reibungslose Funktionieren des NATO-Apparates eine der wichtigsten Regionen dar.

Wir wollen nicht zum Krieg beitragen, auf keiner Ebene: Weder wirtschaftlich, noch logistisch, noch durch den Umbau der Hochschulen zu DienstleisterInnen des Militärs. Wir wollen keine Rüstungsindustrie und keine Gesellschaft in der die Wirtschaft des Krieges mit polizeilichen und militärischen Mitteln gegen die Bevölkerung durchgesetzt wird.

Für uns stellt die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik eine kapitalistische Logik dar, die für den Profit eine autoritäre gesellschaftliche Kontrolle forciert. Dieses und viele weitere Themen sollen in Diskussionen und Workshops im Rahmen der Aktionswoche behandelt werden.

Wir werden unseren GenossInnen von nah und fern im Vorfeld dieses Gipfels die Türen öffnen, auf dass sie uns helfen unseren Protest gegen den kommenden Gipfel vielfältig und entschlossen

	in die Öffentlichkeit zu tragen. Der in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden geplante Gipfel zur Selbstbeweihräucherung dieses Kriegsbündnis ist eine Provokation für alle kritischen und friedliebenden Menschen in der Region und darüber hinaus. Raus zu den Aktionstagen, raus zur Demo am 30. März, support your local CC!
Link:	
Grafik:	
Gelesen:	466

Id:	4601
Datum:	16.Februar.2009
Titel:	Uni Karlsruhe: Stillschweigende Militärforschungstradition
AutorIn:	Dietrich Schulze
Quelle:	per mail zugesandt, 16.02.09

Öffentliche Veranstaltung gegen Militärforschung am KIT enthüllt jahrzehntelange Wehrforschungs Kooperation der Universität / Studierende stimmten mehrheitlich für Zivilklausel / Gutachten bestätigt Verfassungskonformität

Geladen hatten die Gewerkschaften ver.di und GEW zusammen mit der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe zu einer öffentlichen Veranstaltung in der Universität Karlsruhe zum Thema „Für Frieden und freie Wissenschaft - Gegen Militärforschung an der Uni - Zivilklausel für KIT“. Hintergrund ist die Zusammenlegung der Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe zum Karlsruhe Institute of Technology KIT, einem im Entstehen begriffenen Forschungskomplex mit über 8.000 Beschäftigten und 18.000 Studierenden. Für das gesamte KIT wird von Anfang an die Übertragung der Zivilklausel des Forschungszentrums („Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“) verlangt. Das für die KIT-Gesetzgebung zuständige Land Baden-Württemberg – vertreten durch Minister Prof. Peter Frankenberg - und der Rektor der Universität Prof. Horst Hippler verhalten sich dazu ausweichend und widersprüchlich. Beide scheuen die öffentliche Diskussion. Der Rektor musste aufgrund von Bundestags- und Landtagsanfragen und Nachbohren der Gewerkschaft ver.di zugeben, dass am Nachrichtentechnischen Institut NTI (Leiter Prof. Friedrich Jondral) wehrtechnische Forschung betrieben wird.

Erst aufgrund der Veranstaltung ist klar geworden, woher die Scheu rührt. Bereits seit 1964 pflegt das NTI weitgehend unbekannt, stillschweigende Kooperationen mit Wehrforschungsinstituten. Generationen von Studierenden haben damit über Studien- und Diplomarbeiten der Wehrforschung zugearbeitet, in der Regel ohne einen blassen Schimmer davon zu haben. Das wurde durch einen Diskussionsbeitrag von Dr. Christoph Klein-Brabender ins Rollen gebracht. Er berichtete über seine Aktivitäten Ende der 1980er Jahre als Mitglied des Senats der Universität Tübingen am Beispiel eines beabsichtigten Kooperationsvertrags mit dem damaligen Forschungsinstitut für Informationsverarbeitung und Mustererkennung (FIM) in Ettlingen bei Karlsruhe. Angeblich sollte die Kooperation ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Als jedoch die Offenlegung verlangt wurde, sei der Vertrag geplatzt. Der Frankfurter Rundschau vom 23. Mai 1991 zufolge hatten zwei Doktoranden gefordert, die militärtechnische Nutzung vertraglich auszuschließen und nur zivile Ziele zu fördern.

Just dieses Institut FIM ist einer der Vorläufer des jetzigen Wehrforschungsinstituts FGANFOM (ForschungsGesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften - Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung) in der Rheinland-Kaserne in Ettlingen, das der Autor in der Versammlung als Beispiel für wehrtechnische Verflechtungen der Universität Karlsruhe angeführt hatte. Das FIM wurde 1974 als selbstständige Forschungsgruppe gegründet und ging aus einer 1964 am NTI der Universität Karlsruhe tätigen Forschungsgruppe nach einer Umbildung aus dem Forschungsinstitut für Funk und Mathematik hervor. Da erstaunt es kaum, dass heute der Chef des

FGAN-FOM, Prof. Maurus Tacke, Lehrbeauftragter am NTI ist und regelmäßig wie Prof. Jondral Seminare in der zivilmilitärischen Carl-Cranz-Gesellschaft abhält. Das FGAN-FOM soll im nächsten Jahr mit dem FhG-IITB (Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung) in Karlsruhe fusioniert werden. Gegen diesen Militarisierungsschritt wenden sich Gewerkschaften und Betriebsräte. Denn hier schließt sich der Kreis der Verflechtungen ein weiteres Mal. Der Chef des FhG-IITB, Prof. Jürgen Beyerer, hat in Personalunion den Lehrstuhl für Interaktive Echtzeitsysteme IES an der Universität inne. Das FhG-Institut ist Teil des zivilmilitärischen Fraunhoferverbands „Verteidigung und Sicherheit“.

Unter großem Beifall der Anwesenden bekräftigte Nadja Brachmann, Studierendenvertreterin im Uni- und KIT-Senat, dass das grundgesetzliche Freiheitsrecht der Studierenden, DoktorandInnen und studentischen Beschäftigten eine Zivilklausel erfordert, damit sie nicht von Professoren unwissentlich in Militärforschungsprogramme eingebunden werden können. Wer Wehrforschung machen möchte, könne das an Bundeswehr-Universitäten tun. Zum Beispiel in München, wo am gleichen Wehrforschungsprogramm wie am NTI gearbeitet wird. Bei einer Urabstimmung Ende Januar waren 63 % der abstimmenden Studierenden der Universität Karlsruhe dafür, die Zivilklausel in das KIT-Gesetz aufzunehmen.

Reiner Braun von der Naturwissenschaftler-Friedensinitiative und Dr. Wolfgang Liebert, IANUS Universität Darmstadt, hatten an die besondere Verantwortung der öffentlichfinanzierten Wissenschaftseinrichtungen für den Friedensauftrag der Verfassung erinnert und den Standpunkt vertreten, dass die Zivilklausel für Universität und KIT ein riesiger auch für andere Universitäten beispielhafter Gewinn wäre. Die gegenteilige juristische Mainstream-Interpretation der Verfassung, dass diese gerade die Freiheit für Militärforschung garantiere, wird mit einem erstmals in der Versammlung vorgestellten Gutachten widerlegt. Prof. Erhard Denninger, bekannter Verfassungsrechtler und Emeritus der Universität Frankfurt a.M., ist in seinem von ver.di und GEW initiierten und von der Hans-Böckler-Stiftung beauftragten Gutachten zum Schluss gekommen, dass Art. 5 Abs. 3 GG den Gesetzgeber nicht daran hindert, im Gesetz für die neue Körperschaft KIT die Friedens-Finalität der geplanten Forschung durch eine Zivilklausel auszudrücken. Es ist einzig eine Frage des politischen Wollens.

Leni Breymaier, ver.di-Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, hielt in diesem Sinne eine geteilte Zivilklausel ohne Gültigkeit für den Universitätsteil nicht für akzeptabel und appellierte an Landes- und Bundesregierung, sich der öffentlichen gesellschaftlichen Debatte über Militärforschung und Zivilklausel zu stellen. Die Diskussion um die geforderte Zivilklausel sei im Kern die politische Diskussion um Macht und Geld, über massenhafte Zivilopfer der Kriege, über zivile Konfliktlösungswege und die Umverteilung von Rüstungsausgaben für soziale Zwecke und Bildung. Die Veranstalter betonten, dass dies erst der Anfang einer notwendigen Auseinandersetzung sei und die Vernetzung mit Initiativen an anderen Universitäten angestrebt werde.

Link:

Grafik:

Gelesen: 259

Id: 4570

Datum: 11.Februar.2009

Titel: Uni-Karlsruhe: Zivilklausel verstößt nicht gegen die "Freiheit von Forschung und Lehre"

AutorIn: Ver.di Nordbaden

Quelle: per mail zugesandt 9.2.09

Text: Gutachten widerlegt angebliches Freiheitsrecht für Militärforschung
Karlsruhe, 9. Februar 2009 - Gegen die Übertragung der Zivilklausel (Verzicht auf

Militärforschung) des Forschungszentrums Karlsruhe auf den Zusammenschluss mit der Universität Karlsruhe zur Körperschaft des öffentlichen Rechts KIT (Karlsruhe Institut of Technology) wurde aus Kreisen der Landesregierung und der Universität behauptet, dass dies nicht oder nur teilweise möglich sei, weil die Klausel gegen die Freiheit von Forschung und Lehre gemäß Artikel 5.3 des Grundgesetzes verstoße.

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat Prof. Erhard Denninger jetzt ein mit Spannung erwartetes Gutachten vorgelegt. Ergebnis: Der Gesetzgeber ist nicht daran gehindert, die „Friedens-Finalität der geplanten Forschung“ durch die Zivilklausel auszudrücken. Es ist demnach eine Frage des politischen Wollens und nicht einer verfassungsrechtlichen Hinderung, die Zivilklausel im KIT-Gesetz festzuschreiben.

Prof. Denninger ist einer der renommiertesten Verfassungsrechtler der Bundesrepublik. Vor vier Jahren war er Bevollmächtigter der Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht im Verfahren zu den Studiengebühren.

Grundzüge des Gutachtens werden in der öffentlichen Podiumsdiskussion am 10. Februar vorgestellt. Veranstalter: ver.di, GEW und Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe GSKa. Beginn 19.30 Uhr, Großer Bauing.-Hörsaal der Universität (Geb. 10.50).

Im Rahmen der Veranstaltung können die ersten gedruckten Exemplare des Gutachtens kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Im Falle von Rückfragen können Sie sich gern wenden an:
Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze[at]gmx.de

Link:

Grafik:

Gelesen: 49

Id: 4447

Datum: 27.Januar.2009

Titel: KIT Karlsruhe: Vorläufiger Sieg! Militärforschung per Abstimmung abgeschmettert

AutorIn: Artikel -sir-

Quelle: ka-news 27.1.09

18.000 Studierende der Universität Karlsruhe waren aufgerufen, sich in einer Urabstimmung über die Einführung einer Zivilklausel beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zu äußern. Eine solche Klausel in der Satzung des KIT bedeutet den Verzicht auf Militärforschung.

Die Studierenden stimmten mehrheitlich für die Zivilklausel. Allerdings lag die Wahlbeteiligung lediglich bei 19,4 Prozent. Insgesamt beteiligten sich 3.636 Studenten an der Abstimmung, 2.292 stimmten für die Einführung der Zivilklausel, 1.297 stimmten dagegen. Das Ergebnis ist nicht gleichbedeutend mit der Einführung der Klausel. Da die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent lag, muss nun das Studierenden-Parlament am Dienstag, 27. Januar, entscheiden, wie es mit dem Ergebnis umgeht.

Text: Die Forderung nach einer Zivilklausel geht auf eine Initiative der Gewerkschaft ver.di und des Betriebsrats des Forschungszentrum Karlsruhe (FZK), das im Verbund mit der Universität das KIT bildet, zurück. Im Vorfeld der Abstimmung hatte besonders die Juso-Hochschulgruppe der Universität Karlsruhe für ein Ja zur Zivilklausel gekämpft. Am FZK ist die Militärforschung bereits seit der Gründung 1956 verboten. Alle Gremien forderten dort eine Übertragung der Klausel auf das KIT.

Unidirektor Horst Hippler hatte gegenüber der Gewerkschaft einräumen müssen, dass die Uni an einem Projekt forscht, das vom Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr gefördert wird. Somit beteiligt sich die Universität Karlsruhe an militärischer oder zumindest zivilmilitärischer Forschung.

Der Bund und das Land Baden-Württemberg legen derzeit die Eckpunkte und Richtlinien des KIT fest, das auf Forschung, Lehre und Innovation setzt. Die Initiative zur Einführung der Zivilklausel möchte auf diese Eckpunkte dahingehend Einfluss nehmen, dass es am KIT künftig keine Militärforschung gibt.

Notwendige Grundlagenforschung, die auch von militärischer Seite genutzt werden kann, wolle man natürlich nicht verhindern, erklärte Dietrich Schulze, Sprecher der Initiative. Wenn jedoch ein militärischer Auftraggeber beteiligt sei, sei die Freiheit von Forschung und Lehre eingeschränkt. Denn dann kämen zwangsläufig Geheimhaltungsaufgaben ins Spiel. Forschung mit militärischer Zielsetzung gehöre an einschlägige Einrichtungen, etwa die Bundeswehrhochschule in München, betonte Schulze.

Oft wird jedoch behauptet, das Grundgesetz verbiete einen Verzicht auf Militärforschung. Die Gewerkschaft ver.di hat nun ein verfassungsrechtliches Gutachten in Auftrag gegeben, das in diesem Punkt Klarheit verschaffen soll. Am 10. Februar wird es eine öffentliche Veranstaltung zur Zivilklausel an der Universität geben, in der das Gutachten präsentiert werden soll.

Link:

Grafik:

Gelesen: 71